

Kriegnis in den Tagen der Revolution

Eine geschichtliche Zusammenfassung der Tätigkeit des Kriegnis-
Arbeiter- und Soldaten-Rates



Bearbeitet im Auftrage des Arbeiter- und Soldaten-Rates von W. Mielenz.

Liegnitz in den Tagen der Revolution



Eine geschichtliche Zusammenfassung
der Tätigkeit des Liegnitzer Arbeiter- und
Soldaten-Rates



Bearbeitet im Auftrage des Arbeiter- und Soldaten-Rates
von W. Mielenz.

V o r w o r t.

Nachdem nun drei Monate seit den stürmischen Novembertagen ins Land gegangen und die Wellen der Aufregung sich etwas geglättet haben, soll durch nachfolgendes versucht werden, den Gang der Dinge in Siegnitz zu schildern. Es soll dies jedoch keine Chronologie der Revolution in Niederschlesien sein, viel eher eine geschichtliche Schilderung der revolutionären Tätigkeit des Siegnitzer Arbeiter- und Soldatenrates, der auch hier, wie in den meisten Orten Deutschlands, den Charakter der Revolution bestimmte und ihr Träger ward. Geschrieben von einem daran Mitbeteiligten kann der kritische Leser reine Objektivität nicht fordern. Wahrheitsgetreue und unverblünte Darstellung an der Hand des Tatsachenmaterials sollen es aber andererseits auch nicht zu einer tendenziös gefärbten Schrift machen. Der Zweck des Vorhabens ist, Unvernünftige zu einem vernünftigen Urteil zu veranlassen, des weiteren soll es ein Nachschlageheft für spätere Zeiten sein. Wenn das Werk deshalb auch mehr als Archivmaterial anzusprechen ist, so dürfte es dennoch auch in der breiten Öffentlichkeit ein stärkeres Interesse wecken. Wer fühlenden Herzens die Neugestaltung mit durchlebt, dem bietet die Schrift die beste Gelegenheit, in Stunden der Muße all die Dinge nochmals vor seinem Geiste erstehen zu lassen.

Siegnitz, im Februar 1919.

Willi Nielsen.

Vor dem 9. November 1918.

Die Mißerfolge der deutschen Waffen im Spätsommer 1918, der allmähliche, aber immer offenkundiger einsetzende Rückzug des Heeres im Westen, die tagtäglich unhaltbarer werdende Lage des Lebensmittelmarktes im Innern, der Rohstoffmangel, die unzureichende Einfuhr aus den uns noch zugänglichen Teilen des neutralen Auslandes, das fortgesetzte Sinken der deutschen Valuta, die immer mehr umfichgreifende Unzufriedenheit und Kampfunlust der sich von den damaligen Machthabern grausam getäuscht sehenden deutschen Truppen, veranlaßten am 5. Oktober den Generalquartiermeister Ludendorff zu jenem historisch hochbedeutsamen Ersuchen an die Reichsleitung, sofortige Waffenstillstandsverhandlungen anzubahnen. Es war dies die Bankrotterklärung des hochbewunderten und vielgehaßten militärischen Systems. Deutschland steuerte der Katastrophe entgegen. Die Expansionspolitik der einflußreichen Alldeutschen mußte ein furchtbares Fiasko erleben, und die breiten Massen des deutschen Volkes waren wieder die Leidtragenden. Eine nähere Schilderung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lage vor der Revolution paßt nicht in den Rahmen dieser Schrift. Die frei forschende Wissenschaft späterer Zeit wird zu diesem Zweck reichlich authentisches Material zu Tage fördern. Genug damit, daß was war voll zum Überlaufen und es lief über, als der „Furore Teutonicus“ zum letzten großen Schlage ausholen wollte. Die gesamten deutschen Hochseestreitkräfte sollten zu einer großen Aktion gegen Albion vereinigt werden. 80 000 Menschenleben sollten nur eines ritterlichen Abganges wegen den sicheren Tod in den Wellen finden. Da zersprang der Bogen. Die Kieler Matrosen meuterten, die rote Fahne der Rebellion wurde gehißt, und wie ein elektrischer Funke sprang die Revolution auf andere Städte und Provinzen über, der Umsturz war da. Das stolze, in sich aber morsche Gebäude des Militarismus brach zusammen. Über Nacht war es aus mit der Herrschaft der Krant- und Schlotbarone. Ministerfessel wankten und stürzten, Kronen rollten zur Erde. Der Staatskarren war in den Dreck gefahren, kein Despot und keine bürgerliche Partei getraute sich, ihn wieder flott zu machen. Das Proletariat trat seine Herrschaft an. Arbeiter und Soldaten waren nunmehr die Beweser des traurigen Erbes einer kleinen Clique brutaler Machthaber.

Auch in Liegnitz gährte es zu dieser Zeit schon lange. Wie überall, gab es auch hier freihetlich Gesinnte, denen die verflachte Unterordnung des Individuums unter die Willkür Einzelner immer wieder trieb, die

Blut der Empörung anzufachen, sie zur Flamme hell auflodern zu lassen. Der Glutherd der Siegnitzer Garnison war das Reserve-Lazarett II/2. Fünf Tage bevor in Kiel die rote Fahne gehißt, wurde hier eine Vertrauensmännerkommission gebildet. Diese sollte eigentlich nur für Beseitigung von Mißständen Sorge tragen. Aber schon die Tatsache, daß eine Zusammenrottung von Soldaten stattfand, die durch ihre Sprecher Forderungen aufstellten, war etwas der Militärdienstvorschrift und den Militärartikeln so Entgegengesetztes, daß die Vorgesetzten bei Vorgesprache der Deputation zunächst aus dem Staunen nicht herauskamen. Es sei hier ein Brief wiedergegeben, der einen Bruch der damals noch geltenden Disziplinar-Vorschriften bedeutete, die bekanntlich den Verkehr mit Abgeordneten fast unmöglich machten. Ebenfalls wäre die Massenunterzeichnung nach geltendem Militär-Strafrecht sehr hart verfolgt worden. Der Brief, gerichtet an die Fraktion der Unabhängigen Sozialistischen Partei des Reichstages zu Hd. des Genossen Haase, wurde durch Kurier, den Matrosen K., dem Adressaten zugestellt. Nachstehend der Wortlaut:

Siegnitz, den 3. 11. 18.

Werte Genossen!

Die unterzeichneten Militärpatienten des hiesigen Reserve-Lazaretts II, Abtlg. 2, erlauben sich hiermit, Ihre Aufmerksamkeit auf Nachstehendes hinzulenken.

Im genannten Lazarett werden im Durchschnitt 325 Haut- und Geschlechtskranke behandelt. Es soll hier nun weniger über die Beschaffenheit des Essens Klage geführt werden, obwohl dasselbe (und hauptsächlich die Abendkost) zwar in Art, aber in Menge durch aus nicht zufriedenstellend ist. Beschwerden beim Chefarzt wurden stets mit einem Hinweis auf die bestehenden Lebensmittelschwierigkeiten abgetan.

Den eigentlichen Anlaß zu diesem Schreiben bildet jedoch der hier als diensttuender Feldwebel amtierende Sergeant K. Es ist dieser Sergeant einer von jenen genugsam bekannten aktiven Soldatentypen, die in uns nur den Untergebenen, selten aber den Menschen sehen. Sein herrisches und höhnisches Wesen wirkt provozierend auf uns. Oft schon ist es durch sein anmaßendes Wesen zu erregten Auftritten gekommen. Diese enden wie gewöhnlich mit Arreststrafen für den daran Beteiligten, während der Sergeant durch alle möglichen Befugnisse und Verordnungen gedeckt ist. Die Geschehnisse der letzten Zeit enthalten für ihn nichts, das ihm zu denken aufgeben würde. Im Gegenteil, sein Benehmen uns gegenüber wird immer rigorosier und ist die Erregung unter uns Kranken derart, daß die Möglichkeit von Tätlichkeiten in vereinten Mengen nicht abzuweisen ist. Um dem vorzubeugen und um die Entfernung des Genannten zu erreichen, unterbreiten wir Ihnen, Werte Genossen, Vorliegendes. Es geschieht dies in der Annahme, daß den unterzeichneten Personen keine Unlieblichkeiten hierdurch erwachsen, denn letzten Endes wären wir bei öffentlicher Behandlung dieser Angelegenheit (weil noch unter militärischem Regime lebend) die Leidtragenden. Wir vertrauen auf Ihr Geschick in wirksamer Erledigung dieser Angelegenheit und grüßen Sie mit genossenschaftlichem Gruß.

P. S. Sollten sich hieraus Rückfragen ergeben, so bitten wir diese zu richten an Müsk. A.

(folgen 60—65 Unterschriften.)

Zu der geforderten Unterstützung kam es nicht, da sich die Ereignisse überstürzten. Die Forderungen der Patienten wurden zum größten Teil erfüllt, ja, sogar noch mehr. Die Kranken, die unter der Mißachtung der Bürgerschaft sehr zu leiden hatten, waren mitunter monatelang von der Umwelt hermetisch abgeschlossen. Das wurde nun anders. Nach ärztlichem Ermessen bekamen diejenigen, bei denen Ansteckungsgefahr nicht vorlag, Ausgang. Die ersten Tage der Freiheit wurden allerdings von einem Teile mißbraucht, doch setzte hier sofort die ordnende, unterstützende und vermittelnde Tätigkeit der Vertrauensleute ein. Diese hatten für besseres Essen gesorgt, die Abendkost wurde schmächhafter, das Rauchverbot in den Zimmern verschwand, ein Gesellschaftszimmer wurde eingerichtet, Lektüre herangeschafft, der tägliche Ausgang organisiert, kurz und gut der Fortschritt äußerte sich immer mehr. Es galt jetzt nur noch, den personifizierten Militaristen, den aufsichtsführenden Feldwebel, zu beseitigen. Dieses erfolgte am 9. November.



Der 9. November in Siegnitz.

Im Lazarett waren einige Entlassungen vorgekommen, die von den Kranken als Maßregelung aufgefaßt wurden. Zusammenkünfte fanden statt; in einer derselben wurde die dreigliedrige Kommission beauftragt, für Beseitigung des obengenannten Sergeanten zu sorgen. Auf Kompromisse sollte sich die Kommission nicht einlassen. Sollte die Lazarett-Direktion dagegen sein, so war man entschlossen, gewaltsam vorzugehen. Ebenso deckte der einheitliche Wille die Personen der Kommission.

Nach vielen Schwierigkeiten gelang es der Kommission, zum Hauptlazarett zu kommen. Die Verhandlungen wurden seitens der Direktion von Herrn Ae., seitens der Kranken durch M. geführt. Das Resultat war sofortige Abberufung des „beliebten“ Mannes. Als die Kommission endlich wieder zurückkam, war jedoch der Aufruhr in vollem Gange. Die Kameraden, durch langes Warten ungeduldig geworden, waren im Begriff, die Kleiderkammer zu öffnen, um sich für den Ausgang ihre Kleidung zu holen. Nach einigem Bemühen gelang es den Vertrauensleuten, Ordnung zu schaffen. Die Sachen wurden ausgegeben, niemand durfte jedoch das Haus verlassen. Nachdem 2 Züge formiert waren, ging es dann durch die Stadt zum Quartettthaus. Die Kranken waren der Annahme, daß dort die Genossin Ziez einen Vortrag über die Zeichen der Zeit halten sollte. Ein Vorausgeeilter überzeugte sich von dem Irrtum dieser Annahme und telephonierte von einer Apotheke aus an den örtlichen Parteivorstand der Sozialdemokratie, der gerade im Gewerkschaftshaus tagte. Die Mitteilung, daß 250 Lazarettinsassen

im Anmarsch seien, um einen Soldatenrat zu gründen, war der Flügel-
schlag einer neuen Zeit. Genosse Ruppert erklärte sich zum Empfang
der Mannschaften bereit. Der erste Zug wurde umdirigiert, etwas
später traf auch der 2. Zug ein. Der Verlauf der Verhandlungen im
Gewerkschaftshaus war recht stürmisch, und nur den überzeugenden
Worten des Genossen Ruppert war es zu verdanken, daß die entfesselte
Wut der Mannschaften über die 4½-jährige brutale Knebelung sich nicht
in gewaltsamen Ausschreitungen äußerte. Der erste Soldatenrat
wurde gebildet, die Wahl erfolgte durch Zuzuf. Nachdem beschlossen
war, die revolutionäre Gestaltung der Dinge am darauffolgenden Tage
fortzusetzen, führten die Vertrauensleute die Züge geschlossen in das
Quartier zurück. In derselben Nacht fanden gleichartige Versamm-
lungen der Grenadiere, Junker und Flieger statt. Das Liegnitzer
Tageblatt berichtet hierüber am 11. 11. 1918 folgendes:

Die Vorgänge in Liegnitz.

Den letzten Anstoß zur Neuordnung der Dinge gaben hier die von
Berlin im Laufe des Sonnabend nachmittags eingetroffenen Nach-
richten, besonders die von der Abdankung des Kaisers und dem
Thronverzicht des Kronprinzen. Bereits am Sonnabend abend
fanden im Gewerkschaftshause hintereinander Versammlungen der
hiesigen sozialdemokratischen Organisationen statt, an denen viele
Soldaten teilnahmen, die zum Teil in geschlossener Ordnung an-
marschierten. Noch in der Nacht zum Sonntag erfolgte die Bildung
des Arbeiter- und Soldatenrates. Die in der Stadt ver-
breiteten Gerüchte, daß Sonnabend nachmittag vieler Matrosen, die
hier weilten, den Umschwung herbeigeführt hätten, trifft nicht zu, die
betreffenden Matrosen waren zufällige Urlauber. Die Bildung des
Arbeiter- und Soldatenrates machte so rasche Fortschritte, daß dieser
bereits am Sonntag vormittag mit dem Magistrat zu Verhandlungen
in Verbindung trat. Das Straßenbild wies bereits am Sonnabend
abend insofern einen ungewohnten Zug auf, weil man bereits viele
Soldaten ohne preussische Kokarde sah. In der Nacht zum Sonntag
legte der Arbeiter- und Soldatenrat Beschlag auf die Waffen und
Munition, die sich in den Kasernen befanden, um zu verhüten, daß
irgendwelche Leute sich ihrer bemächtigen könnten, die dazu keinen
Auftrag hatten. Besetzt wurde auch das Militärpulverhaus und der
Maschinengewehrshypen. Sämtliche Maschinengewehre
waren in der Nacht zum Sonntag in der Hand des Arbeiter- und
Soldatenrates. Bis Sonntag früh war in den Kasernen die neue
Gewalt schon völlig an Stelle der früheren getreten. In keiner
Kaserne ist es zu Gewalttätigkeiten gekommen. Sonntag vormittag
sah man Militär in größerer Anzahl in den Straßen. Der Arbeiter-
und Soldatenrat hatte inzwischen befohlen, daß die preussischen
Kokarden abgelegt werden müssen. Es wird den Soldaten
anheimgestellt, die Reichskokarde an ihre Stelle zu stecken. Da
eine Reihe von Soldaten am Sonntag noch immer mit preussischer
Kokarde umherliefen, so ist es in einer Anzahl von Fällen vor-
gekommen, daß sie ihnen auf offener Straße von anderen Soldaten
abgerissen wurden. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat an diesen
Vorkommnissen keinen Anteil, sie liegen nicht in seinem Sinne. Er
ist vielmehr gegen jederlei Vorkommnisse auf offener Straße, die ge-
eignet sind, nervöse Stimmungen zu schaffen. Er hat weiter ange-
ordnet, daß die Offiziere ihre Achselstücke behalten dürfen,
jedoch dürfen sie keine Waffen tragen, es sei denn, daß der
Arbeiter- und Soldatenrat sie ausdrücklich dazu ermächtigt hat. Dies

geschah insoweit, als Offiziere den neugebildeten Bewachungsmannschaften des Arbeiter- und Soldatenrates zugeteilt wurden. Waffen dürfen überhaupt nur diejenigen Militärpersonen tragen, die diesen Bewachungsabteilungen angehören. Wenn es ganz vereinzelt am Sonnabend abend vorgekommen ist, daß Offizieren die Achselstücke auf offener Straße abgerissen wurden, so entspricht dies nicht den Absichten des Arbeiter- und Soldatenrates.

Sonntag nachmittag 1 Uhr begann unter sehr starkem Andrang in Schubertshof eine große Soldatenversammlung, an der sich auch die Arbeiterschaft sehr stark beteiligte. Geleitet wurde sie vom Gewerkschaftssekretär Ruppert, der ein Bild von der Umwälzung der Dinge gab. Er machte Mitteilungen über die Bildung des Arbeiter- und Soldatenrates und dessen Vollzugsausschusses, der die Gewalt in den Händen hat. Ferner sprach Stadtverordneten-Vorsteher Peifert, der dafür eintrat, daß gleiches Recht für alle gewährt werden möge. Er machte Mitteilungen über die bereits von der Stadt getroffenen Maßnahmen im Hinblick auf die beginnende Demobilisierung. Über vereinzelt vorgekommene Ausschreitungen gab Gewerkschaftssekretär Fritsch beruhigende Erklärungen in dem Sinne, daß der Arbeiter- und Soldatenrat entschieden gegen solche Vorkommnisse sei. Erwähnt wurde auch die laute Demonstration vor dem Regierungsgebäude in der Nacht zum Sonntag, wobei unnötiger Standal gemacht worden ist. Die Schubertshof-Versammlung verlief in aller Ordnung. Vorher und nachher wurden Demonstrationzüge durch die Stadt veranstaltet. Es wurden rote Fahnen mitgeführt. Auch fuhren Militärautomobile mit roten Fähnchen durch die Stadt.

Am Sonntag früh begannen leider Vorkommnisse, die nicht im Sinne des Arbeiter- und Soldatenrates liegen. Es erfolgten nämlich Plünderungen der Vorratslager des Bekleidungs-Instandsetzungs-Amtes des bisherigen stellvertretenden Generalkommandos des 5. Armeekorps, die sich an der Schlachthofseite des Güterbahnhofes befinden. An diesen Plünderungen nahmen Zivil- und vereinzelt leider auch Militärpersonen teil. Der Arbeiter- und Soldatenrat spricht sich scharf gegen solche Vorkommnisse aus, die nur damit zu erklären sind, daß man militärische Vorräte nun als vogelfrei betrachtete und sich offenbar im guten Rechte glaubte. Heute ereigneten sich ähnliche Vorkommnisse auf dem Güterbahnhof. Auch hier wurde Halt geboten.

Sonntag abend 6 bis 10 Uhr tagte der Arbeiter- und Soldatenrat im Neuen Rathause. Es wurden ein Vollzugsausschuß und Kommissionen gebildet, u. a. auch die Löhnungsverhältnisse der Soldaten neu geregelt. Der fällige Sold der Soldaten in Höhe von 70 000—100 000 M soll mit Hilfe der Stadtgemeinde und der Bankgeschäfte ausgezahlt werden. Es ist Vorsorge getroffen, daß die eigenmächtige Abreise der Soldaten verhindert wird. Der Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates besteht aus folgenden Mitgliedern: Vorsitzender: Gewerkschaftssekretär Ruppert. Vertreter aus der Bürgerschaft: Oberbürgermeister Charbonnier und Stadtrat Dr. Reichert (Stadtverordneten-Vorsteher Peifert gehört wohl dem Arbeiter- und Soldatenrat, nicht aber dessen Vollzugsausschuß an). Vertreter der Arbeiterschaft: Gewerkschaftssekretär Fritsch, Konsumvereinsbeamter Przhbil. Vertreter der Soldaten: a) vom Ersatz-Bataillon Grenadier-Regiments 7: Feldwebelleutnant Ehler, Feldwebel Siewers, Landwehrmann Schmidt, Landsturmmann Müller, Landsturmmann Diezel; b) von der Flugzeugmeisterei: Oberleutnant Schlotmann, Gefreiter Ogrczew; c) Funkerkaserne: Leut-

nant Jablonski, Wachtmeister Grote, Gefreiter Heine-
mann; d) Geschwaderschule: Oberleutnant Borchert, Feldwebel
Klutke, Flieger Stillmann; e) Lazarette: Gefreiter Hart-
mann, Musiker Adermann, Fahrer Jacobi, Jäger
Nielsen. Jedoch ist die Bildung des Vollzugsausschusses noch
nicht ganz abgeschlossen. Das Büro des Vollzugsausschusses befindet
sich vorerst im Stadtverordneten-Sitzungsaal. Es wird voraussicht-
lich binnen kurzem nach der Fochmannstraße übersiedeln.

Seit gestern sieht man in den Straßen Patrouillen mit Ge-
wehr. Der Arbeiter- und Soldatenrat unterhält ständig eine Anzahl
solcher Patrouillen durch die Stadt. Deren Anordnungen ist un-
bedingt und von jedermann Folge zu leisten. Ferner wurden vor
eine Anzahl öffentlicher Gebäude und Lebensmittellager Wachen
ausgestellt. Auch den städtischen Polizeibeamten, deren Tätigkeit vom
Arbeiter- und Soldatenrat anerkannt worden ist, werden Militär-
wachen zur Begleitung mitgegeben. Heute früh wurden die Post-
ämter besetzt und damit auch der gesamte Brief-, Tele-
gramm- und Fernsprechverkehr unter die Kon-
trolle des Arbeiter- und Soldatenrates gestellt. Die
Bahnhöfe erhielten bereits gestern Wachen, die dort auf Ordnung
halten. Auf dem Hauptbahnhof hatte sich gestern eine „wilde Wache“
eingerrichtet, die nach Belieben Urlaubsscheine ausstellte. Diese Wache
wurde vom Arbeiter- und Soldatenrat aufgehoben. Er wirkt darauf
hin, daß die Soldaten die Garnison nicht nach eigenem Gutdünken
ohne besondere Erlaubnis verlassen. Vorerst geht der Garnison-
dienst weiter, doch handelt es sich in der Hauptsache um sogenannten
Arbeitsdienst. Die Nacht zum Montag ist ruhig verlaufen. Der
militärische Zapfenstreich (bisher 9 Uhr abends) wurde auf 12 Uhr
nachts festgesetzt.

Das Straßenbild ist heute, abgesehen von einer gewissen Lebhaftig-
keit und den Patrouillen, völlig normal. Das Publikum beruhigt
sich sichtlich, nachdem gestern durch allerlei unkontrollierbare Gerüchte
eine gewisse Beunruhigung entstanden war. Vom Arbeiter- und
Soldatenrat wird uns erklärt, daß er ganz entschieden mit fester Hand
auf Ordnung halten werde, daß das Privateigentum ungeschädigt ist
und er keinerlei Blünderungen dulden würde. Es möge daher
jedermann seine Ruhe bewahren und nicht nervös
werden.



Die Weiterentwicklung der Dinge.

Wie im Bericht geschildert, war also am Morgen des 10. die öffent-
liche Gewalt völlig in den Händen des Arbeiter- und Soldatenrates.
Ausfäureungen waren mit Ausnahme der Blünderungen von Be-
kleidungsgegenständen des Heeres, die am Kobyliner Bahnhof lagerten,
nicht zu verzeichnen. Junker und Flieger trafen auch bald am Bahnhof
ein und sicherten die Restbestände durch Schredschüsse. Hierbei wurde
infolge eines bedauerlichen Zufalls ein Kind getötet; es war das einzige
Revolutionsoffer in Biegnitz. Der Arbeiter- und Soldatenrat sorgte

für eine feierliche Beerdigung. Nachmittags um 5 Uhr trat der aus dem Arbeiter- und Soldatenrat gewählte Vollzugsausschuß zur ersten Beschlußfassung im MagistratssitzungsSaale des Neuen Rathhauses zusammen. Zunächst galt es, die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Zu diesem Zwecke wurden sofort zirka 300 Wachmannschaften vor allen öffentlichen Gebäuden postiert. Den Polizisten wurden Militärpatrouillen beigegeben. Diese Maßnahmen hatten in der kritischen Nacht vollen Erfolg, und mußten einige Zeit lang beibehalten werden. Am Hauptbahnhof wurde ein „wilder Soldatenrat“, der Entlassungs- und Fahrscheine ausstellte, aufgehoben. Zur Frage des Dienstes der Soldaten wurde bestimmt, daß der militärische Drill zu Gunsten des Arbeitsdienstes zurückzutreten habe. In der Voraussetzung, daß die Reichsbank der Unruhen wegen vielleicht keine Löhnung auszahlen könnte, wurde von der Stadtverwaltung die Summe von 100 000 M sichergestellt. Um die Versorgung der hier garnisonierenden Truppen mit Lebensmitteln zu gewährleisten, wurden sofort drei Mitglieder nach dem Proviantamt Lüben entsandt, um dort nach den Rechten zu sehen. Diese Fahrt sicherte die gesamte Versorgung. Der Zapfenstreich wurde für alle Militärpersonen bis 12 Uhr verlängert. Das Tragen von Waffen und der preußischen Kolarde wurde verboten. Für die Kenntlichmachung der Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates wurde die Anfertigung von Armbinden und Sichtbildausweisen beschlossen. Des weiteren wurde ein 7gliedriges Büro eingesetzt, das mit Genehmigung des Vollzugsausschusses alle laufenden Arbeiten verrichten sollte. Dasselbe sollte auch die Verpflichtung des Offizierkorps auf den Arbeiter- und Soldatenrat vornehmen. Eine der ersten Amtshandlungen des Büros war es, das Dienstverhältnis zwischen den Mannschaften und den Offizieren zu regeln, was durch nachstehende Bestimmungen geschah:

Dienstverhältnis zwischen den bisherigen Dienstgraden und den Mannschaften.

1. Mannschaften und Dienstgrade (Offiziere und Unteroffiziere) verbleiben in den bisherigen Dienststellen.
2. Zwischen Dienstgraden und Mannschaften besteht kein Vorgesetzten- und Untergebenen-Verhältnis im alten Sinne, sie sind alle Kameraden. Aber im Dienst ist wie bisher allen Dienstgraden Folge zu leisten. Nähere Anweisungen folgen.
3. Ehrenbezeugungen im alten Sinne fallen fort, dafür tritt der freiwillige kameradschaftliche Gruß.
4. Anzug bleibt bei Dienstgraden und Mannschaften wie bisher, doch kommt an Helm und Mütze die preußische Kolarde in Fortfall, an deren Stelle die deutsche Kolarde rückt.
5. Mit Ausnahme der Posten und Patrouillen ist sämtlichen Militärpersonen das Waffentragen jeder Art in und außer Dienst untersagt.

Siegenitz, den 11. November 1918.

Der Vollziehungsausschuß
des Arbeiter- und Soldatenrates.

Im Auftrage: Ruppert.

Sämtliche Offiziere und die im Offiziersrang Stehenden sowie die staatlichen und städtischen Behörden des Stadt- und Landkreises Siegnitz mußten sich unterschriftlich wie folgt verpflichten:

Unterzeichneter erkennt den Arbeiter- und Soldatenrat als ausführendes Organ der jetzigen Reichsleitung an und verpflichtet sich, allen seinen Anordnungen und Befehlen Folge zu leisten.

Siegnitz, den November 1918.

(Unterschrift.)

Des weiteren galt es, dem Staate die geraubten Gegenstände wieder zuzuführen. Zu diesem Zwecke erging nachstehende Aufforderung:

An die Bürger der Stadt Siegnitz!

Bei den Plünderungen am Kobyliner Bahnhof, an der sich die Zivilbevölkerung sehr stark beteiligt hat, sind Unmengen von Militär-Bekleidungs- und Ausrüstungsstücken gestohlen worden. Der Arbeiter- und Soldatenrat ersucht dringend die Bevölkerung, das Allgemein-gut sofort wieder herauszugeben.

Werden bei den in Kürze einsetzenden Hausdurchsuchungen derartige Gegenstände gefunden, so erfolgt strengste Bestrafung, während bei sofortiger Ablieferung Straffreiheit zugesichert ist.

Ablieferungsort: Kriminalbüro, Hähnels Bierhalle.

Siegnitz, den 12. November 1918.

Der Arbeiter- und Soldatenrat zu Siegnitz.
gez. Ruppert.

Diese Aufforderung hatte einen Riesenerfolg. Schon nach einigen Tagen konnten 4 große Lastautos mit zurückgelieferten Gegenständen dem Bekleidungs- und Instandsetzungs-Amt wieder zugeführt werden. Auf viele Anzeigen hin mußten Hausdurchsuchungen vorgenommen werden, die unglaubliche Bestände zu Tage förderten. Das Siegnitzer Tageblatt vom 11. 11. 1918 brachte nachstehenden Hinweis:

An die Bürger von Siegnitz!

Der Siegnitzer Arbeiter- und Soldatenrat gibt folgendes bekannt:

Hausdurchsuchungen dürfen nur durch die Kriminalpolizei in Begleitung eines Mitgliedes des Arbeiter- und Soldatenrates vorgenommen werden.

Der Arbeiter- und Soldatenrat.
Ruppert.

Wir bemerken zu vorstehender Bekanntmachung, daß sie dadurch notwendig geworden ist, daß unberechtigterweise in verschiedenen Haushaltungen Durchsuchungen und Beschlagnahmen stattgefunden haben. Die vorstehende Bekanntmachung wird geeignet sein, diesem Unfug ein Ende zu machen und die Bürgerschaft vor ungesetzlichen Eingriffen und Belästigungen zu schützen.

Der Zustrom an Auskunstholenden, Unterstützung Suchenden, Bittstellern usw. war ein derartiger, daß die Büroräume des Arbeitersekretariats in der Klosterstraße 8, wo der engere Ausschuß seine Zuflucht gefunden, bei weitem nicht ausreichten. In den öffentlichen Gebäuden fand man auch nichts Passendes, bis man schließlich die großen leer-

stehenden Lokalitäten in der Baumgartenstraße Nr. 8 für diese Zwecke mietete. Eine ganze Anzahl von Genossen und Kameraden waren hier bei Tag und bei Nacht tätig, um alles zur Zufriedenheit erledigen zu können.

Bald machte sich die Einberufung einer Vollversammlung notwendig. Diese fand am 11. 11. im Stadtverordnetenversammlungssaale statt. Zunächst wurde vom Obmann der Grenadiere, Bizfeldwebel Siewers, bekannt gegeben, daß allen wegen politischer Vergehen und wegen Disziplinar-Vergehen bestrafte Militärpersonen die Freiheit wieder gegeben worden sei. Weiter wurde der Wachtdienst organisiert, Mannschaften zur Entladung der Waggons bestimmt und durch dringende Depeschen an die Reichsleitung die brennende Frage der Links-Rheinländer und Elsaß-Lothringer geklärt. Das Heimatgebiet dieser Leute sollte in wenigen Tagen durch die Ententetruppen besetzt werden. Demnach mußten sämtliche dort Anässige schleunigst entlassen und heim befördert werden. Diese Riesearbeit (es kamen über 700 Leute in Betracht) gelang in wenigen Stunden. Die Eisenbahn-Verwaltung stellte auf unsere Anforderungen hin einen Extrazug.

Die Versammlung stellte auch für beide Büros Arbeitspläne wie folgt auf:

Richtlinien für den Dienstbetrieb des
Vollzugs-Ausschuß-Büros
des Arbeiter- und Soldatenrates Siegnitz.

1. Das Büro ist das ausführende Organ für die Beschlüsse des Arbeiter- und Soldatenrates und seines Vollzugsausschusses. In dringenden Fällen ist es berechtigt, vorläufige Anweisungen an die Behörden zu erteilen.
2. Es übermittelt die gefaßten Beschlüsse an die zuständigen Militär- und Zivilbehörden. Ihm unterliegt demzufolge der gesamte Schriftverkehr.
3. Das Büro ist ferner die zuständige Auskunftsstelle für alle Militärpersonen. Zur schnellen Erledigung der vielseitigen Anfragen werden die zahlreichen zu erwartenden Fragesteller verwiesen:
 - a) wenn sie einem hiesigen Truppenteile angehören und ihre Wünsche nicht sofort vom Büro erledigt werden können ihrem Truppenteil,
 - b) wenn sie dem Landwehrbezirk Siegnitz angehören und ihre vorläufige Entlassung nachsuchen dem Bezirkskommando,
 - c) wenn sie nicht in Siegnitz beheimatet sind, und Unterkunft, Verpflegung, Weiterfahrt usw. beantragen, dem Garnisonkommando,
 - d) wenn sie ärztliche Behandlung wünschen dem Hauptlazarett.
5. Beschwerden jeder Art sind im Büro zu Protokoll zu nehmen und dem Vollzugsausschuß bei der nächsten Sitzung vorzutragen.

Außerhalb dieser Richtlinien wurden die immer stärker anwachsenden Zivilangelegenheiten bearbeitet. Man beschloß, zur Kontrolle der reisenden Militärpersonen eine An- und Abmeldestelle am Hauptbahnhof zu errichten und dieselbe mit Mitgliedern des Vollzugsausschusses zu besetzen. Desgleichen setzte sich der Arbeiter- und Soldatenrat für die

Wiedereinrichtung der Truppenverpflegungsstelle des Roten Kreuzes ein. Angeordnet wurde ein Alkoholausschankverbot nach 7 Uhr abends. Zur Bekleidungsfrage wurde nachstehender Beschluß gefaßt:

Die Truppenteile fordern ihren Bedarf an Bekleidungs- und Ausrüstungsstücken beim Garnisonkommando an, das die Kammern der einzelnen Truppenteile je nach ihrem Bestande anweist, die Sachen an den anfordernden Truppenteil, — nicht aber an einzelne Leute, — gegen Quittung auszugeben.

Das Büro des Arbeiter- und Soldatenrates ist nicht berechtigt, Sachen auszugeben. Mannschaften, die sich zwecks Einkleidung an das Büro wenden, müssen an die militärischen Meldestellen gewiesen werden, die die Einkleidung durch einen Liegnitzer Truppenteil veranlassen.

Im übrigen berichtet die „Volkswacht“ über diese Sitzung:

Arbeiter- und Soldatenrat.

Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit faßte der Arbeiter- und Soldatenrat der Garnison Liegnitz in seiner letzten Sitzung folgenden Beschluß:

1. Der Arbeiter- und Soldatenrat der Garnison Liegnitz hält es im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit für dringend erforderlich, daß das bisherige Garnisonkommando und alle früheren Dienststellen der Garnison ihre Tätigkeit umgehend wieder aufnehmen, unbeschadet der dem Arbeiter- und Soldatenrat zustehenden Rechte, die durch Vertrauensleute, die den Dienststellen beizuordnen sind, ausgeübt werden sollen.
2. Der Arbeiter- und Soldatenrat der Garnison Liegnitz bittet alle Kameraden der Garnison dringend, allen Befehlen der früheren Dienststellen unbedingten Gehorsam zu leisten. Für Beseitigung von Mißständen ist Sorge getragen. Die Ruhe und Ordnung ist sonst gefährdet.

An alle Dienststellen und Truppengattungen.

Gleichzeitig erfolgte die Ausgabe folgenden

Parolebefehls:

1. Mit der Übernahme der Geschäfte durch den Arbeiter- und Soldatenrat ist auch die Disziplinargewalt auf denselben übergegangen. Der Arbeiter- und Soldatenrat übt die Disziplinargewalt in Zusammenarbeit mit den militärischen Dienststellen aus.
2. Der Arbeiter- und Soldatenrat Liegnitz ist ein Organ der jetzigen Reichsleitung. Die Kameraden sind dem im Namen des Reichskanzlers die militärische Gewalt ausübenden Soldatenrat Gehorsam zu leisten verpflichtet.

Arbeiter- und Soldatenrat Liegnitz.

Der Arbeiter- und Soldatenrat hat am Montag nachmittag eine fünfständige Sitzung im Neuen Rathause abgehalten. Außer der soeben mitgeteilten Entschließung nebst Parolebefehl wurde eine ganze Reihe wichtiger Tagesfragen beraten. Insbesondere wurde auch die Lage der aus Elsaß-Lothringen und den deutschen Gebieten links des Rheinufers stammenden Soldaten besprochen. Über die etwaige baldige Rückkehr dorthin konnte noch nichts beschloffen werden, da Anweisungen von der Berliner Volksregierung noch nicht vorliegen. Da der Zapfenstreich auf 12 Uhr nachts festgesetzt worden ist, ergibt

sich von selbst die Frage, ob etwa die Polizeistunde bis dahin zu verlängern wäre. Dies geschieht jedoch nicht. Die Polizeistunde bleibt auf 11 Uhr abends bestehen. Infolge des Wagenmangels herrscht erheblicher Kohlenmangel. Es ist daher sehr leicht möglich, daß die Polizeistunde auf einen früheren Zeitpunkt festgesetzt wird.

Gestern ging beim hiesigen Arbeiter- und Soldatenrat ein Telegramm des Reichskanzlers Ebert ein, daß für die nächste Zukunft der Lebensmittelversorgung, die leider nicht ohne Bedenken ist, verstärkte Sicherungen nötig sind. Keinerlei Lebensmittel dürfen nach auswärts geschickt werden, auch nicht in Postpaketen. Es ist daher auch verboten, Käse und dergleichen zu verschicken. Auf der Post werden Stichproben in den Packkammern vorgenommen. Finden sich Lebensmittel in den Paketen, so werden diese beschlagnahmt. Die Durchführung dieses Verbotes wird auf das strengste überwacht werden. Gegen das Hamstern, in welcher Form es sich auch zeigt, wird fortan energisch eingeschritten werden. Auch Zigarren und Zigaretten dürfen nicht versandt werden. Die Groß-Transporte der Versorgung dicht bevölkerter Gegenden werden von diesem Verbot nicht betroffen. Im Gegenteil werden strengste Maßnahmen getroffen, alle Lebensmittelzüge scharf gegen Plünderungen zu schützen, ebenso die Güter- und Verschiebebahnhöfe. Die dazu notwendigen Anordnungen sind hier bereits vor Eintreffen dieser Anweisung erfolgt.

Die Landwirte werden dringend aufgefordert, Butter, Milch, Eier und dergleichen künftig prompt abzuliefern. Widrigenfalls soll energisch eingeschritten werden. Was die Landwirte nicht selbst verzehren, muß unbedingt der allgemeinen Ernährung zugeführt werden. Jede Art Schleichhandel und Hamsterei wird nicht geduldet werden. Mit diesen Maßnahmen soll eine bessere Verteilung an die Allgemeinheit erzielt werden. Talg wird in Zukunft nicht mehr an auswärtige Zentralstellen abgeliefert werden, sondern hier zum Verkauf gelangen.

Die Siegnitzer Garnison bleibt bis auf weitere Anweisungen im bisherigen Umfange bestehen. In der ersten Aufregung haben nur wenig über 100 Mann die Garnison ohne Urlaub verlassen. Von der Reichsleitung ist inzwischen vorübergehende kurze Urlaubssperre befohlen worden. Urlaub wird nur in dringenden persönlichen Fällen erteilt, um keine Überlastung und damit Verwirrung des Eisenbahnverkehrs herbeizuführen. Die Entlassungen werden mit Beginn der Rückkehr der Fronttruppen erfolgen, und zwar so, daß sich Zu- und Abgang jeweils ausgleichen. Urlauber von der West- und Ostfront kehren nicht mehr dorthin zurück und melden sich beim hiesigen Garnisonkommando, das weiter in Tätigkeit bleibt. Ubrigens bleiben die Offiziere der hiesigen Garnison mit wenigen Ausnahmen auf ihren Posten. Sie tun ihren Dienst weiter, tragen Achselstücke und dürfen nicht belästigt oder einer beleidigenden Behandlung ausgesetzt werden. Da die Waffen beschlagnahmt sind, wird nur Arbeitsdienst getan. Arbeit gibt es übergenug.

Ferner wird bemerkt, daß das Büro des hiesigen Arbeiter- und Soldatenrates sich seit heute im Hause Baumgartenstraße 8 befindet. Feldgraue und Zivilisten, die fragend etwas beim Arbeiter- und Soldatenrat vorzubringen haben, müssen sich dorthin wenden, nicht aber an das Büro in der Klosterstraße, wo lediglich der Verkehr mit Berlin erfolgt. Dieses Büro in der Klosterstraße unterhält keinerlei Auskunftserteilung und ersucht dringend, daß sich jedermann nur nach Baumgartenstraße 8 wendet.

Öffentliche Aufforderung.

Im Einverständnis mit dem Vorsitzenden des hiesigen Arbeiter- und Soldatenrates erachtet es der Magistrat für wünschenswert, zur unbedingten Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Ruhe eine Stadtwehr einzurichten, welche die militärischen Wachen unterstützen und nach Bedarf verstärken sollen. Es wird im Zimmer 43 des Neuen Rathhauses Mittwoch, den 13., und Donnerstag, den 14. November, eine Liste ausliegen.

Wir raten der Arbeiterschaft dringend, sich in diese Liste eintragen zu lassen."

Über das Aussehen der Stadt in diesen kritischen Tagen berichtet das Siegnitzer Tageblatt am 14. November:

Siegnitz unter den neuen Verhältnissen.

Die Stadt hat auch gestern ihr ruhiges Aussehen bewahrt. Das Alkoholausschankverbot für die Abendstunden nach 7 Uhr ist bereits in Kraft getreten. Die Polizeistunde ist wie bisher auf 11 Uhr festgesetzt. Eine Verlängerung bis 12 Uhr ist nicht in Aussicht genommen. Theater und Kinos sind wie bisher geöffnet, alles wickelt sich dort in den üblichen Bahnen ab. Die Frage, ob die Kapelle des Ersatz-Bataillons Grenadier-Regiments 7 bestehen bleibt, ist vorderhand zu bejahen. Wie sich jedoch die weitere Zukunft der Kapelle gestaltet, steht heute noch nicht fest. Am Sonntag spielte die Kapelle beim Nachmittagskonzert im Schießhaussaale in Zivil, wie dies auch schon vor dem Kriege in Siegnitz üblich war. Die militärische Blasmusik fiel am Sonntag aus; ob sie fortan ganz wegfällt, steht noch nicht fest. Der Verkehr auf dem Bahnhof ist dauernd sehr stark; der Verkehr wickelt sich aber völlig ruhig ab. Der Zugverkehr ist nach wie vor wegen des Wagenmangels sowie auch wegen des Personal- und Kohlenmangels stark eingeschränkt. Der Personalmangel dürfte jedoch mit fortschreitender Demobilisierung rasch überwunden werden. Der Wagenmangel, der auch die Kohlenlieferung beeinflusst und die gesteigerte Kohlenförderung nicht zu voller Geltung kommen läßt, bleibt allerdings sehr empfindlich, zumal der Wagenpark durch die starken Rücktransporte von der Front außerordentlich in Anspruch genommen werden wird.

Dringend notwendig ist es auch, daß die Geldhamstererei aufhört, insbesondere auch die Kleingeldhamstererei. Letztere gefährdet geradezu die Auszahlung der Löhne und Gehälter. Größere Beträge möchten, so wünscht der Arbeiter- und Soldatenrat, bei den Banken und Sparkassen eingezahlt werden, wo sie unbedingt sicher seien. Die Inhaber von Jagdscheinen werden gut tun, ihre Jagdscheine im Büro des Arbeiter- und Soldatenrates, Baumgartstraße 8, abstempeln zu lassen, um sich nicht Unannehmlichkeiten auszusehen, wenn sie Waffen tragen.

Dem Arbeiter- und Soldatenrat stehen bereits 36 Pferde zum Verkauf an die Landwirte zur Verfügung. Man möge sich dieshalb an sein Büro, Baumgartstraße 8, wenden.

Am 12. November fand erneut eine Zusammenkunft des Vollzugsausschusses statt. Diese beschäftigte sich hauptsächlich mit internen Angelegenheiten wie Büroeinrichtung, Zeichnungsrecht und Zuschriften. Zur Gerichtsbarkeitsfrage wurde beschlossen: Zivilsachen werden in der gleichen Art und Weise wie früher behandelt, Militärdelikte aber, da die Dienststelle Görlitz und das Kommandanturgericht Glogau aufgelöst

sind, unter Hinzuziehung von Juristen seitens des Arbeiter- und Soldatenrates unter Stand- und Kriegsgericht gestellt.

Dem Arbeiter- und Soldatenrat war es also gelungen, die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Um aber in engster Fühlungnahme mit der Bevölkerung zu bleiben und um über seine bisherige Tätigkeit Rede und Antwort zu stehen, machte sich die Einberufung einer öffentlichen Volksversammlung notwendig. Diese fand im Saale des Zentraltheaters und, weil der Raum nicht ausreichte, eine Parallelversammlung in der nebenan befindlichen Turnhalle der Realschule, statt. Hierüber berichtet die Volkswacht vom 15. 11.:

Die Umwälzung in Deutschland.

In einer großen öffentlichen Versammlung, zu welcher die sozialdemokratische Parteileitung und der Arbeiter- und Soldatenrat in den Saal des Zentraltheaters eingeladen hatten, sprach der Stadtverordnete Genosse Fritsch über die Umwälzung in Deutschland. Eine solche Fülle von Menschen wie diesmal hatte dieser größte Saal von Liegnitz überhaupt noch nicht gesehen, und Hunderte hatten wieder umkehren müssen, die wegen Überfüllung keinen Einlaß gefunden hatten.

Der Redner gab ein Bild der Entwicklung des demokratischen Gedankens, zu dem das alte, verrottete System geführt hatte. Er pries die Errungenschaften, die wir nun erreicht haben, das Vereins- und Versammlungsrecht, die freie Religionsübung, und geißelte die Bestrebungen, die sich dem entgegenstellten. Politische Vergehen sollten amnestiert werden, gemeine Verbrechen sollen gebüßt werden. Das Hilfsdienstgesetz ist aufgehoben, der Schlichtungsausschuß bleibt bestehen, die Gesindeordnung, die leider über 100 Jahre bestanden hat, ist als veraltet über den Haufen geworfen. Die Landarbeiter werden gut tun, ihre Wünsche zusammenzustellen und geltend zu machen. Am 1. Januar 1919 werden wir den Achtstundentag haben, worum wir seit 1890 alljährlich am 1. Mai (Maifeier) gekämpft haben. Namentlich wird die Segnung den Frauen zugute kommen. Die Befreiungstunde hat auch ihnen geschlagen. — Hinzukommt die Maschinenarbeit, die der Arbeiterschaft zugute kommt. Ein Arbeiter kann jetzt 48 Maschinen bedienen — eine rasende Entwicklung der Technik. Diese Technik ermöglicht vielleicht noch eine weitere Einschränkung der Arbeit. Es gibt Leute, die noch weniger arbeiten als 8 Stunden, die, wenn sie morgens aufstehen, sagen: „Guten Morgen Feierabend!“ Es wird eine der schwersten Aufgaben sein, Arbeit für die rückkehrenden Soldaten und Rohstoffe zu beschaffen. Es muß eventuell eine verkürzte Arbeitszeit eintreten und die andere Zeit muß entschädigt werden. Hat der Krieg 150 Milliarden gekostet, so kann er auch noch mehr kosten. Auf dem Gebiete der Schule müssen wir die Einheitschule anstreben. Ein neues Geschlecht tritt in die Erscheinung, „freie Bahn dem Tüchtigen“ hat Bethmann Hollweg gesagt. Auch in der Heeresmacht müssen Änderungen eintreten, an Stelle der ständigen Heere müssen Volksheere treten. Jeder muß den Marschallstab im Tornister tragen. Auch in den Steuersachen muß eine Änderung eintreten. Die Millionen müssen locker gemacht werden. Die Kriegsgewinnler müssen ganz besonders auf der Steuerliste vermerkt werden. Millionäre sind im Kriege wie Pilze aus der Erde geschossen. Die Steuerschraube muß ganz gewaltig angezogen werden. Nicht nur das Deutsche Reich hat 150 Milliarden Schulden, auch werden wir wahrscheinlich an unsere Feinde Kriegsschadigungen zahlen müssen. Da werden unsere Einnahmen nicht ausreichen, die Schulden aufzubringen. Wir werden uns also auf Monopole gefaßt

machen müssen. Trotzdem aber waren die Alldeutschen drauf und dran, den Krieg weiter zu führen, alles auf eine Karte zu setzen und zu siegen oder — unterzugehen! Nur keine Furcht, es wird alles nicht so schlimm, als wie es ausschaut. Warten wir die Nationalversammlung ab, die auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts zu wählen ist. Auch Ihr Frauen habt jetzt das Wahlrecht. (Beifall.)

Auch hier steht eine gewaltige Umwälzung bevor. Schon mit 20 Jahren dürfen Männer und Frauen wählen; darf der Mann mit 20 Jahren Soldat spielen, soll er auch wählen dürfen.

Wir wollen auch die Wahlen für den Staat und die Gemeinde unter dem Gesichtspunkt des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts vornehmen. Wir wollen sein ein einzig' Volk von Brüdern, so wollen wir uns schwören. Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit sei unsere Parole.

Die Friedensfrage! Wir haben die Hoffnung, daß unsere Partei die englischen und französischen Volksgenossen bestimmen wird, ihre Regierungen zu unseren Gunsten zu beeinflussen oder Tabula rasa zu machen und die ganze Gesellschaft zum Tempel hinauszujagen. Die zwei Millionen guter Brüder, die der grüne Rasen deckt, sollen nicht umsonst gestorben sein. Wir hoffen, daß dieser Krieg der letzte war. Jeder tue an seinem Plaze seine Schuldigkeit. Die sozialistische Partei will jetzt keine Schreckensherrschaft einführen. Wir wollen keine Diktatur, keine Massenherrschaft. Alle Parteien sollen mitarbeiten an dem künftigen Staatsgebäude.

Mit einem tief empfundenen Nachruf für die gefallenen Brüder und mit einer Mahnung zur Ruhe und Ordnung zum Schutze des Eigentums schloß Genosse Fritsch seine glänzenden Ausführungen, nachdem er noch den Siegheimern das Zeugnis ausgestellt hatte, daß sie sich muster-gültig verhalten hätten. Bringen Sie der neuen Regierung, dem Arbeiter- und Soldatenrat Vertrauen entgegen, es wird für Nahrungsmittel gesorgt werden, auch von Amerika aus!

Möge sich das Volk der neuen Zeit würdig erweisen, es muß alle Kraft zusammennehmen, um dem Volksstaat ein neues, festes Gefüge zu geben. (Lebhafter Beifall.)

Nach kurzer Debatte wurde die imposante Versammlung, die wohl von 3000 Personen besucht war, um 10½ Uhr geschlossen. Eine Resolution wurde angenommen, die der neuen Regierung das Vertrauen ausdrückt.

Nachstehend die Resolution:

Die am heutigen Tage im großen Saale des Zentraltheaters und in der Turnhalle einberufene Volksversammlung, die aus Tausenden und Abertausenden aus allen Kreisen unserer Volksgenossen und Genossinnen besucht war, spricht dem in Siegnitz gebildeten Arbeiter- und Soldatenrat ihr volles Vertrauen aus und ist gewillt, denselben nach besten Kräften zu unterstützen, um die Ruhe und Ordnung nicht zu gefährden und damit die Reaktion niederzuhalten. Sie spricht auch damit der jetzigen Reichsleitung ihr volles Vertrauen aus und wird alles aufbieten, durch festen Zusammenschluß dieselbe zu unterstützen, damit sie zum Wohle des ganzen Volkes die Demokratisierung voll und ganz durchführen kann.

Am selben Tage tagte wiederum der Vollzugsausschuß. Ihm wurde berichtet, daß in Glogau wüste Ausschreitungen vorgekommen seien. Um gleichartiges in Siegnitz zu verhindern, sah man die Bildung einer Polizeitruppe vor. Daraufhin erließ der Magistrat folgendes Inseerat:

Gründung einer Stadtwehr.

Im Einverständnis mit dem Vorsitzenden des hiesigen Arbeiter- und Soldatenrates erachtete es der Magistrat für wünschenswert, zur unbedingten Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Ruhe eine Stadtwehr einzurichten, welche die militärischen Wachen unterstützen und nach Bedarf verstärken soll. Die Betreffenden sollen sich in eine im Rathause ausliegende Liste einzeichnen.

Zu der Bildung dieser Stadtwehr kam es aber dank der Vorsichtsmaßregeln des Arbeiter- und Soldatenrates nicht. Dagegen aber wurde durch den Arbeiter- und Soldatenrat ein Sicherheitsdienst eingerichtet. Um ankommende Lebensmittelzüge ungestört entladen zu können, wurde als Entladungsstelle der abseits gelegene Fliegergüterbahnhof bestimmt. Als Belohnung und Ansporn für alle Arbeitsdienst verrichtenden Mannschaften wurden pro Kopf und Arbeitstag 3,50 M bewilligt. Da zu erwarten war, daß das gesamte Löhnungswesen einheitlich aufgebeßert werden würde, nahm man von einer selbständigen Regelung Abstand. Zur näheren Information wurde Bizfeldweber Klutke nach Berlin entsandt.

Der fattsam bekannte Polizeiton wurde durch ein Nachwort des Vorsitzenden abgeschafft, und begann nun auch bei der städtischen Polizei ein frischerer Lusthauch zu wehen. Einige Offiziere und ein Militärarzt mußten wegen allzugroßer Unbeliebtheit Biznitz verlassen. Über Anträge ihrer Standesgenossen, dieselben wieder zurückzubeeordern, ging man zur Tagesordnung über. Der Vollzugsausschuß hielt es für notwendig, Nachstehendes zu veröffentlichen:

Warnung.

Raum ist der Arbeiter- und Soldatenrat in Tätigkeit getreten, so finden sich auch schon Individuen, die, mit Armbinde versehen, ihr Unwesen treiben. Als solcher tritt unter dem Namen Klose ein ca. 20 Jahre alter, kleiner, schwächtiger Mann auf, der die Armbinde benützt, um Expreßungen usw. zu verüben. Wir warnen die Einwohner eindringlich vor solchen Elementen. Jedes Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates trägt außer der Armbinde einen auf die Person ausgestellten und mit Lichtbild versehenen Ausweis bei sich, den sich alle Einwohner gegebenenfalls zeigen lassen wollen.

An alle Behörden und Arbeitgeber!

richtet der Arbeiter- und Soldatenrat nochmals das dringende Ersuchen, Arbeitsentlassungen nicht vorzunehmen. Die Postbehörde wird ganz besonders darauf aufmerksam gemacht, da den weiblichen Hilfskräften die Entlassung zum Teil schon angekündigt wurde und derartige Maßnahmen zur Beunruhigung beitragen.

Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Ruppert.

Keine Preistreiberei!

Von verschiedenen Geschäftsleuten ist die jetzige Lage zu unberechtigten Preistreibereien ausgenutzt worden. Wir richten an alle Geschäftsinhaber des Stadt- und Landkreises Liegnitz die dringende Warnung, sich nicht zu solchen Machenschaften hinreißen zu lassen.

Sollten doch weitere Fälle bekannt werden, dann müßte der Arbeiter- und Soldatenrat zur Bildung von Preisprüfungs-kommissionen schreiten.

Aus allem ist ersichtlich, daß sich das Tätigkeitsgebiet des Arbeiter- und Soldatenrates stark erweiterte. Die veröffentlichte Warnung hatte Erfolg, dem Schwindler wurde sein Handwerk gelegt. Auch die Entlassungen wurden eingeschränkt. Die Postverwaltung entließ späterhin nur solche Personen, die nicht unbedingt ihren Lebensunterhalt verdienen mußten. Das geschah, um diese Stellen für die heimkehrenden Krieger freizubekommen. Die angekündigte Preisprüfungs-kommission mußte einige Monate später tatsächlich eingesetzt werden, da die Profitsucht Einzelner jedes soziale Empfinden vermissen ließ. Doch darüber später.

Am darauffolgenden Tage, dem 15. November, trat wiederum der Vollzugsausschuß zu einer Sitzung zusammen. Man beriet über die Möglichkeit von prozentualer Beschlagnahme durchfahrender Lebensmittelzüge, jedoch wurde ein solcher Eingriff in den Reichs-verteilerungsplan nicht gebilligt. Anders verhielt es sich mit den am Orte lagernden Beutewaren an Unterwäsche, Pelzen und Jacken, die den Witterungseinflüssen zu sehr ausgesetzt waren. Hierüber sollten erst noch Erkundigungen eingeholt werden. Da die Lage im Osten für die Reichsdeutschen immer bedrohlicher wurde, und ein großer Zustrom von Flüchtlingen nach Biegnitz zu erwarten war, beschloß man mit Zustimmung der Inspektion der Fliegertruppen, der Stadt 4 Fliegerbaracken zu Wohnzwecken für je 120 Personen käuflich zu überlassen. Das stillschweigend erlaubte Tanzen an Wochentagen wurde verboten und nur der Sonntag mit der üblichen polizeilichen Erlaubnis und nach Erstattung der Lustbarkeitssteuer dafür freigegeben. In Anbetracht des Kohlenmangels (für dessen Behebung das Büro fortgesetzt mit dem Stettowitzer Arbeiter- und Soldatenrat verhandelte) konnte einem stark unterstützten Antrage auf Verlängerung der Polizeistunde nicht stattgegeben werden. Als sanitäre Maßnahme ist der Druck des Arbeiter- und Soldatenrates auf die Stadtverwaltung, eine Entlausungsanstalt für die heimkehrenden Soldaten zu errichten, zu betrachten. Leider gelang es der Stadtverwaltung nicht, geeignete Kessel zu bekommen, es blieb demnach nur die primitive Einrichtung am Bahnhof und die private des Wilhelmsbades für diese Zwecke übrig.

Die Einrichtungen des Arbeiter- und Soldatenrates wurden von allen Bevölkerungsschichten sehr lebhaft in Anspruch genommen. Das Büropersonal hatte vollauf zu tun, um allen Ansprüchen gerecht werden zu können. Betrachtet man, daß alles dies ohne besondere Vorbereitung von heute auf morgen geleistet werden mußte, so ist die Arbeitsleistung dieser Leute hoch anzuerkennen. Trotzdem gab es aber wie überall so auch hier Unzufriedene. Es waren dies die Genossen der Unabhängigen Sozialistischen Partei, die in einer von ihrer Leitung einberufenen Versammlung den Versuch unternahmen, den Keil der Zwietracht in den Arbeiter- und Soldatenrat zu treiben, was aber dank der Wachsamkeit der Kameraden und der Genossen der alten Richtung nicht gelang. In

Der sehr erregt verlaufenden Versammlung gelangte schließlich nachstehende Resolution zur Annahme:

Die im Quartierthause versammelte Arbeiterschaft beider Richtungen hält es im Interesse der Sicherung des Aufbaues der internationalen Demokratie und zum Erzingen der sozialistischen Gesellschaft für unbedingt notwendig, vereint zu marschieren, vereint zu schlagen und vereint zu siegen.

Diese Gefahr war also abgewendet. Auch ein erfreuliches Ereignis soll hier registriert werden. Nach unsäglichen Mühen und Strapazen langte mit der Bahn ein großer Transport einer Sanierungs-Abteilung an, der es beim Rückzuge aus Polen gelungen war, ganz enorme Bestände zu sichern. Mannschaften und Führer, müde aller Scherereien, hatten nur den einen Wunsch, so bald wie möglich nach Hause zu kommen. Sie traten mit dem Arbeiter- und Soldatenrat in Verhandlungen, deren Erfolg war, daß der letztgenannten Körperschaft neben 1100,— M in polnischem Gelde zirka 1100 Zentner gute polnische Fettseife übergeben wurde. Mit dem Gelde wurde ein kleiner Fonds zur Bestreitung der immer mehr wachsenden Ausgaben des Arbeiter- und Soldatenrates geschaffen. Über die Verwendung der Seife mußte der Beschluß der Vollsitzung eingeholt werden, die am 18. 11. stattfand. In dieser Sitzung wurden Beschlüsse von weittragender Bedeutung gefaßt. Zunächst wurde ein Bericht der Bahnhofsmeldestelle entgegengenommen. Diese wurde so stark in Anspruch genommen, daß eine Vergrößerung Platz greifen mußte. Das Löhnungswesen im Heere war laut kriegsministerieller Verfügung neu geregelt worden, auch die Wacht- und Arbeitsdienst versehenen Mannschaften erhielten demnach Extravergütungen. Es stellte sich heraus, daß die schon vorher von uns festgesetzten Normen den Sätzen des Kriegsministeriums entsprachen. Nunmehr konnten auch die Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates für ihre im Gemeininteresse geleistete Arbeit entschädigt werden. Die Sätze überstiegen bei Militärpersonen in keinem Falle 5,— M, die Zivilmitglieder bekamen nur für die Tage der Tätigkeit im Arbeiter- und Soldatenrat 8,— M, rückwirkend vom 15. 11. 1918. Bis dahin wurde also jeglicher Dienst ehrenamtlich geleistet. Dem Arbeiter- und Soldatenrat war bekannt geworden, daß die in der Luftschiffhalle und an einigen anderen Plätzen lagernden riesigen Posten Beute ware dem Verderben ausgesetzt waren. Hunderte von Belzen waren bei der vorgenommenen Untersuchung bereits verfault. Hier mußte im Interesse des Staates schnell und wirksam eingegriffen werden. Der Arbeiter- und Soldatenrat beauftragte nach reiflicher Erwägung denn auch das Mitglied Fritsch mit der Beschlagnahme von zirka 77 000 Hemden, 32 000 Unterhosen und 25 000 Wolljaden. Die unter Hinzuziehung von Sachverständigen gebildete Kommission hatte alle Vorarbeiten für den Verkauf an die Bevölkerung des Stadt- und Landkreises zu leisten. Ihr war aufgetragen, nur an diejenigen Leute Sachen zu verabsorgen, deren Jahreseinkommen 4000,— M nicht übersteigt. Wohnungsausweis und Steuerkarte hatten als Legitimation zu gelten. Mit dem Verkauf

wurden die einschlägigen Geschäfte, die über die Verkäufe streng Liste zu führen hatten, betraut. Der Zwischenhandel war völlig ausgeschaltet. Der dann später vorgenommene Verkauf hat uns ungeheure Plackereien eingebracht. Verschiedene Reichsbehörden mißbilligten unser Verfahren, konnten aber, nachdem seitens des Vorsitzenden in Berlin verschiedentlich Unterhandlungen gepflogen worden waren, in Anbetracht der Gefahr des Verderbens und des immer mehr unsichgreifenden Diebstahls schließlich die Zustimmung nicht versagen. Des weiteren hatte unser Vorgehen noch den Erfolg, daß der Leiter des Bekleidungs-Instandsetzungs-Amtes wegen der von uns aufgedeckten Mißwirtschaft seinen Dienst quittierte. An die Stadt- und Landbevölkerung kamen zirka 600 Kisten Beuteseife zur Ausgabe. Auf Nr. 71 der Lebensmittelkarte wurde vom Büro des Arbeiter- und Soldatenrates in der Baumgartstraße 1/2 Pfund hochqualifizierte Fettseife zum Preise von 2,— M verabsolgt. Auch dem Landrat wurde für den Landkreis ein größeres Quantum Seife ausgehändigt. Die hier garnisonierenden Truppen und die zirka 3000 Bazarettinsassen wurden gleichfalls mit Unterwäsche und Seife beliefert. Über die Abführung der erzielten Erträge an die Reichshauptkasse gibt der Kassenbericht näheren Aufschluß. Die eingesetzte Kommission hatte später noch mit mehreren größeren Verkäufen (Lederreste, Maschinenteile, Handwerkszeug, hölzerne Abfälle mannigfacher Art, Blechballagen, Pferdeversteigerungen usw. usw.) im Verein mit den beiden Demobilisierungsausschüssen und den Innungen zu tun, bis dann im Dezember 1918 das Reichsverwertungsamt Berlin im hiesigen Schlosse eine Nebenstelle errichtete.

Erwähnt sei außerdem noch, daß vom Arbeiter- und Soldatenrat der von der preussischen Krone eingesetzte Bußtag als gesetzlicher Feiertag nicht mehr anerkannt wurde, das Geschäftsleben pulsierte an diesem Tage genau so wie an allen anderen Wochentagen. Der Biegnitzer Regierung wurde als Beirat Genosse Ruppert zur Kontrolle beigegeben. Die Versammlung übernahm die Verwaltung des auf Anregung des Bürgers Herrn Herzig entstandenen und von ihm mit einem erheblichen Grundstock versehenen Fonds zur Unterstützung heimkehrender Krieger. (Hierüber siehe noch später.)

Über das Vorhergesagte berichtete die Ortspresse:

Aufhebung des Bußtages.

Nach einem Beschluß des Arbeiter- und Soldatenrates zu Biegnitz ist der Bußtag nicht mehr als gesetzlicher Feiertag zu betrachten. Derselbe Beschluß wurde auch von dem Arbeiter- und Soldatenrate zu Berlin gefaßt.

Verkauf der in der Luftschiffhalle lagernden Kleiderbestände.

Man schreibt uns: Die Versorgung der ärmeren Bevölkerung mit warmen Unterkleidern hat sich der hiesige Arbeiter- und Soldatenrat angelegen sein lassen. Bekanntlich lagern in unserer Luftschiffhalle bedeutende Mengen von Männerhemden, Unterhosen, Drillhosen, Strümpfen, Unterjaken, kurzen Hemden (Russenhemden) usw., die nun durch die Beendigung des Krieges freigeworden

sind. Die Bekleidungs-Kommission des Vollzugsausschusses hat beschlossen, diese Bekleidung der ärmeren Bevölkerung zugänglich zu machen, und der Arbeiter- und Soldatenrat hat diesem Vorschlage zugestimmt, weil sich angesichts des bevorstehenden Winters der Bedarf an warmer Unterkleidung ganz besonders fühlbar macht. Die Ware wird durch hiesige Kaufleute zu billigen Preisen verkauft werden, allerdings nur gegen Bezugs- (Fürsorge-) Schein an Minderbemittelte. Sie wird als Reichsware behandelt werden, d. h. es ist nur der gesetzliche Zuschlag als Verdienst darauf erhoben worden. Die Preise müssen strikt inne gehalten werden. Man wird aber auch das Absatzgebiet auf den Landkreis ausdehnen. Die Heeresverwaltung verhielt sich anfangs ablehnend dagegen, war aber schließlich einverstanden. Musterstücke liegen in der städtischen Bekleidungsstelle zur Ansicht aus.

Trotz aller dieser Tätigkeit durfte aber auch die Sorge um Ruhe und Ordnung nicht außer Acht gelassen werden. Zu diesem Zwecke wurde folgendes Inserat in die Ortspresse eingerückt:

An die Bürger der Stadt Siegnitz!

Wer sich im Besitze eines Degens, Seitengewehrs oder eines 98er Gewehres befindet, wird ersucht, selbiges sofort auf dem Geschäftszimmer des Ersatz-Bataillons Grenadier-Regiments 7 abzugeben. Wer diesem Rufe nicht Folge leistet oder bei wem bei einer Haussuchung Waffen gefunden werden, wird streng bestraft werden.

Arbeiter- und Soldatenrat Siegnitz.

Dadurch sollte die Möglichkeit bewaffneter Putzversuche verringert werden. Tatsächlich sind ziemlich viel Waffen abgeliefert worden.

Gewissenlose Elemente benutzten diese erste Übergangszeit zu ihren Extratouren. Damit die Bevölkerung vor Schädigungen bewahrt werde, erging folgende Bekanntmachung:

An die Bevölkerung von Stadt und Land!

Noch immer treiben Schwindler, versehen mit der weißen Armbinde des Arbeiter- und Soldatenrates Siegnitz ihr Unwesen.

Wir ersuchen die Bevölkerung dringend, sich bei allen Handlungen den mit Lichtbild versehenen Ausweis vorzeigen zu lassen. Haus-suchungen dürfen nur in Gemeinschaft mit einem Kriminalbeamten ausgeführt werden. Auf dem Lande ist der Gendarmerie-Wachtmeister hinzuzuziehen.

Der Vollzugsausschuß
des Arbeiter- und Soldatenrates Siegnitz.

Inzwischen setzte die Demobilmachung mit aller Macht ein. Einzelne Truppenkörper lösten sich auf der Heimreise auf. Behelfsmäßige Entlassungen und Beurlaubungen bis zur endgültigen Entlassung wurden in Massen vorgenommen. Die Bahnhofsmeldestelle hatte in ihren Listen nahezu 1700 Siegnitzer, die zurückgekehrt waren, den zuständigen Meldestellen zugeführt. In einigen Tagen war die Ankunft des Grenadier-Regimentes 7 zu erwarten. Um den tapferen Vaterlandsverteidigern den Einzug in ihre Garnison recht feierlich zu gestalten, setzte sich der Arbeiter- und Soldatenrat mit dem Magistrat der Stadt in Verbindung. Dieser gab denn auch größere Dekorierungsaufträge, und wenige Tage

später waren der Bahnhof und dessen Vorplatz mit Lannengirlanden und Fahnen stimmungsvoll ausgestattet. Der Arbeiter- und Soldatenrat tat ebenfalls das seine, um wie jeder Bürger mit Fahnen, Tüchern, Draperien und Inschriften nach bestem Können und Vermögen dazu beizutragen, der Stadt ein festliches Gepräge zu geben. Leider wurden die Erwartungsfreuden zweimal enttäuscht. Zwei durchfahrende Militärtransporte mit den Zielstationen Blatz und Reisse, deren Mannschaften ungefähr vier Wochen lang über die Vorgänge im Innern Deutschlands im Unklaren gelassen worden, waren auf der Heimfahrt durch ihre Offiziere und Freunde der Reaktion nachweislich systematisch gegen die Arbeiter- und Soldatenräte aufgehetzt worden. Man hatte ihnen vorgetauscht, daß es den Arbeiter- und Soldatenräten zu verdanken wäre, wenn die Verpflegungs- und Postzufuhr ins Stoden geraten sei und es nur die Frontdrückeberger daheim gewesen seien, die den Rückzug verursacht hätten. Beide Transporte, deren Mannschaften zum größten Teile aus slawischen Oberschlesiern bestand, hatten schon an anderen Orten wüste Szenen vollführt. So auch hier. Die Waldestelle am Bahnhof wurde demoliert, die Wachen entwaffnet, Plakate und Bekanntmachungen zerrissen und unsere großen Fahnenmaste gestürzt. Die Fahnen selbst wurden verbrannt. Zur sicheren Durchführung dieses wüsten Treibens hatten die Mannschaften der Transporte schußbereite Maschinengewehre aus den Wagenöffnungen gesteckt. Dieser Vandalismus der unaufgeklärten und verhetzten Leute fand bei einem gewissen Teile der Siegnitzer Bürgerschaft lobende Anerkennung, und nur der Besonnenheit des Arbeiter- und Soldatenrates ist es zu verdanken, daß es nicht zu einem Blutvergießen kam. Beide Transporte wurden auf unsere Veranlassung hin schleunigst weiterbefördert, und am nächsten Tage berichteten die Zeitungen von blutigen Zusammenstößen in den Zielorten der beiden Transporte. Diese bedauerlichen Vorgänge wiederholten sich in Siegnitz nicht wieder, ein gut organisiertes Strecken-Aufklärungssystem bewährte sich außerordentlich.

Die Anhäufung des Materials gebot wiederum die Zusammenberufung des Vollzugsausschusses. Dieser regelte in seiner Sitzung vom 21. 11. 1918 endgültig das Löhnungsweisen und behob die Auszahlungsschwierigkeiten der Reichsbanknebenstelle dadurch, daß er die Stadthauptkasse veranlaßte, 150 000 M zu Löhnungszwecken auszugeben. Deckung hierfür war durch Intendanturanweisungen und durch unsere der Stadthauptkasse angegliederten Fonds genügend vorhanden.

Zur Frage der Gerichtsbarkeit wurde der früher gefaßte Beschluß aufgehoben. Auch in militärischen Strafsachen sollte in alter Weise, wenn auch natürlich in zeitgemäßem Geiste, verfahren werden. Nur war zum Urteilspruch das Veto des Vollzugsausschusses einzuholen. Der vom Sicherheitsdienst erstattete Bericht bewies auf das deutlichste die Notwendigkeit dieser kriminellen Einrichtung. (Es wird hier auf den angegliederten besonderen Bericht des Sicherheitsdienstes verwiesen.) Polizei sowohl wie auch Gendarmerie hatten sich durch Vertreter dem Arbeiter- und Soldatenrate angegliedert. Für die zu erwartende Einquartierung wurden der Garnison-Verwaltung 30 000 Decken aus den

Beständen des Bekleidungs-Instandsetzungs-Amtes zur Verfügung gestellt. Die kritische Beurteilung eines Herrn Sachverständigen veranlaßte den Vollzugsausschuß, dem Verderben der Pelze ein Ende zu bereiten und die Veräußerung zu veranlassen, um zu retten, was noch möglich. Des weiteren bemühte sich der Vollzugsausschuß, der Stadt- und Kreisverwaltung Baustaus zur Heranschaffung von Kohlen und Lebensmitteln zur Verfügung zu stellen. Ganz entschieden sprach sich der Vollzugsausschuß gegen die Bildung einer Bürgerwehr oder einer „Roten Garde“ aus. Der Arbeiter- und Soldatenrat betrachtete sich als Sicherheitsorgan und verbürgte auch weiterhin die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung. Deshalb wurden auch verschiedene Ersuchen einzelner Gemeinden um Überlassung von Waffen abschlägig beschieden.

Der Verkauf der Beutewaren und der freiverdenden Heeresgüter durch den Arbeiter- und Soldatenrat nahm einen derartigen Umfang an, daß zum zweiten Male eine Fahrt des Vorsitzenden Ruppert und des Bürovorstehers Kreisler nach Berlin notwendig geworden war. Hierüber wurde in der Vollzugsausschußsitzung vom 24. 11. 1918 Bericht erstattet. Aus diesem wie auch aus den schriftlichen Unterlagen ging klar hervor, daß der Arbeiter- und Soldatenrat befugt war, die Bestände, die der Gefahr des Verderbens und des Diebstahls ausgesetzt waren und die nicht unbedingt für Heereszwecke zurückbehalten werden mußten, zum Verkauf freizugeben. Über den Stand des bisherigen Verkaufes wurde durch die Kommission Bericht erstattet, ein Teil der Waren sollte als Weihnachtsgabe für die Allerärmsten reserviert werden. Im Januar 1919 wurden denn auch an 400 Personen und an die Pflöglinge des Barmstiftes je ein Hemd, eine Unterhose und eine Wolljacke ausgehändigt.

Die Stellungnahme zum Berliner Vollzugsrat wie auch zur Konstante ist aus den beiden nachfolgenden Telegrammen klar ersichtlich:

An die

Provisorische Reichsregierung Ebert-Gaase.

Der Arbeiter- und Soldatenrat Liegnitz spricht der Regierung Ebert-Gaase sein volles Vertrauen aus und protestiert aufs heftigste gegen die Bevormundung durch die Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte. Diese werden von uns als für das gesamte Reich nicht zuständig erklärt. Die Arbeiter- und Soldatenräte sind nur als Provisorium zur Unterstützung der jetzigen Regierung zu betrachten. Die Grundlage zum neuen Rechtsstaate kann nur die baldigst kommende Nationalversammlung sein.

Arbeiter- und Soldatenrat Liegnitz.
gez. Ruppert.

Zentral-Soldatenrat für die Provinz Schlesien
und Volktrat, Breslau.

Den Zentral-Soldatenrat (Volktrat) bitten wir eine Entschließung anzunehmen, nach der die gesamten Räte Schlesiens den Standpunkt der Regierung Ebert-Gaase teilen und die baldige Einberufung der Nationalversammlung, die nur allein die Grundlage zum künftigen Rechtsstaate, für unumgänglich erachten. Wir bitten diese Entschließung

der Provisorischen Regierung und dem Vollzugsrat Berlin telegraphisch bekannt zu geben. Des weiteren halten wir baldigste Einberufung einer Schlesienkonferenz für sehr notwendig.

Siegnitz, den 24. 11. 1918.

Arbeiter- und Soldatenrat.
Ruppert.

Nachdem man noch die Lazarettverhältnisse erörtert und sich von der Notwendigkeit der Landausklärung in Bezug auf Lieferungspflicht etc. überzeugt hatte, wurde beschlossen, eine Bestandsaufnahme aller vorrätigen Waffen wie auch der Munition vorzunehmen und dem Aufziehen der Wache durch Borantritt der Musikkapelle und durch etwas mehr militärische Form ein festeres Gepräge zu geben. Nachstehend folgt hierüber der Bericht der Ortspresse:

Vom Arbeiter- und Soldatenrat Siegnitz.

In weiten Kreisen der Bevölkerung ist die Meinung verbreitet, daß die Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates 30 M Tagesgelder beziehen. Tatsache ist, daß sämtliche Mitglieder ihre Tätigkeit ehrenamtlich versehen haben und jetzt 5 M täglich beziehen. Für Organisationsreisen werden nur die Barauslagen vergütet.

In der gestern vormittag abgehaltenen Sitzung des Vollzugsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates sprach sich die Versammlung für schleunigste Einberufung der Nationalversammlung aus.

Das Lebensmittel-Ausfuhrverbot, welches für Siegnitz erlassen worden war, gilt mit dem heutigen Tage als aufgehoben.

Die in der letzten Nummer erschienene Anzeige betr. Waffenablieferung hat in weiten Kreisen der Bevölkerung Unruhe hervorgerufen. Es handelt sich hier nur um Waffen, die sich Militär- und Zivilbevölkerung widerrechtlich angeeignet haben.

An alle Mannschaften, die sich vorzeitig von ihrem Feldtruppenteil entfernt haben, richtet der Arbeiter- und Soldatenrat die dringende Bitte, sich noch jetzt entlausen zu lassen. Zur Verhütung von Seuchen ist dies unumgänglich notwendig.

Der Arbeiter- und Soldatenrat weist alle Geschäftsinhaber darauf hin, daß sie beim Verkauf der ihnen zugewiesenen Wäsche Kundenlisten zu führen haben. In diese sind alle Haushaltungen nach Kopffzahl aufzunehmen und die abgegebenen Stücke, getrennt nach Hemden und Hosen, zu verzeichnen. Jeder Zwischenhandel wird streng bestraft.

Der Arbeiter- und Soldatenrat hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, den Armsten unter den Armen eine kleine Weihnachtsgabe zu bereiten. Bedürftige kinderreiche Familien können diese in unserem Büro Baumgartstraße 8 zur Anmeldung bringen. Die Anzahl und Auswahl der zu beschenkenden Kinder behält er sich vor. Als Ausweis sind die Lebensmittelausweise vorzulegen.

Das am 11. November 1918 für Siegnitz verkündete Ausfuhrverbot für Lebensmittel und Rohstoffe wird aufgehoben.

Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

Siegnitz, den 25. November 1918.

Der Magistrat.

Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Aufziehen der Wache mit klingendem Spiel.

Ein militärisches Schauspiel, das Piegritz unter den alten Verhältnissen nicht kennen gelernt hat, soll künftig hier geboten werden. Wie man uns mitteilt, hat der Piegritzer Arbeiter- und Soldatenrat beschlossen, die militärische Wache für den Hauptbahnhof stets am Mittwoch, Sonnabend und Sonntag mit Musik aufziehen zu lassen, um die militärische Form besser zu wahren. Wir bekommen also im Kleineren das, was in großen Garnisonen, wie Berlin, Breslau, München, Metz, Strassburg usw., schon seit langer Zeit üblich war. Dort bildete das tägliche Aufziehen der Hauptwache mit Musik stets einen beliebten Anziehungspunkt, besonders auch für den Fremdenverkehr. In Piegritz wird die Wache stets ein Uhr mittags unter Vorantritt der Militärkapelle (unter Obermusikmeister Mehring) vom Hauptportal der Grenadierkaserne durch die Stadt zum Bahnhofsvorplatz marschieren, wahrscheinlich auch mit der Ablösung unter klingendem Spiel zurück nach der Kaserne, wie es auch in den genannten Garnisonen gehalten wird. Vom Bahnhofsplatz aus gehen die Wachen nach dem Kobyliner Bahnhof usw. ab.

Zwei Tage darauf, also am 26. 11. 1918, fand wiederum eine Vollzugsausschusssitzung statt, in der aber nur die internen Angelegenheiten, wie das Verhältnis zum Bekleidungs-Instandsetzungs-Amt, dem Reichswirtschaftsamt und dem Reichsvertwertungsamt besprochen und klargestellt wurden.

Am 29. November traf der erste hier demobil zu machende Transport ein. Über den feierlichen Einzug berichtet die Volkswacht:

Heimkehrende Truppen.

Am Freitag mittag hielt die erste größere Feldformation hier ihren Einzug. Es war eine Funker-Formation, die außer den Mannschaften auch eine ganz erhebliche Anzahl von Fahrzeugen mit sich führte. Unter Vorantritt der Musikkapelle des hiesigen Ersatz-Bataillons Grenadier-Regiments 7 bewegte sich die Kolonne vom Bahnhof durch die Frauenstraße nach dem Rathaus, überall freudigst begrüßt. Vor dem Rathaus wurde Aufstellung genommen, um den Willkommensgruß des hiesigen Arbeiter- und Soldatenrates entgegenzunehmen. Im Namen desselben sowie der Piegritzer Bürgerschaft begrüßte Genosse Ruppert mit einer kurzen markigen Ansprache die Funker und richtete an sie die ernste Mahnung, nach Heimkehr zu ihren sie sehnsüchtig erwartenden Angehörigen freudig mitzuarbeiten an dem Aus- und Aufbau unseres neuen Vaterlandes. Der die Formation führende Offizier dankte hierauf mit kurzen Worten für die herzliche Begrüßung, worauf unter klingendem Spiel der Marsch nach der Funker-Kaserne fortgesetzt wurde. Das Ganze hatte natürlich eine sehr stattliche Menschenmenge angelockt.

In diesen Tagen wurden vom Berliner Vollzugsrat die Einladungen zum Rätekongreß erlassen. Da auch andere Bezirkskonferenzen stattfinden sollten, mußten die Delegiertenwahlen hierzu vorgenommen werden, was in der Sitzung vom 2. 12. 1918 geschah. Zu den Konferenzen in Posen wurden drei, zu denen in Sagan zwei, in Breslau ein und zum Rätekongreß in Berlin zwei Mitglieder bestimmt.

Das Mitglied Oberleutnant S. gab bekannt, daß er nach langen Unterhandlungen in Berlin die in der Halle 7 lagernden Materialien aller Art für den Verkauf freibekommen habe. Zur Frage des Heimat-

schutzes war es bekannt, daß das aktive Regiment der Grenadiere 7 jüngere Jahrgänge zum Grenzschutz kommandieren würde. Der Arbeiter- und Soldatenrat stand den freiwilligen Meldungen zum Grenzschutz sympathisch gegenüber. Als stets alarmbereite Truppe wurden 50 Mann vom Ersatz-Bataillon Grenadier-Regiment 7 bestimmt, womit man allen Eventualitäten ruhig entgegensehen konnte.

Die vielen Ab- und Zugänge machten eine Neukonstituierung des Arbeiter- und Soldatenrates notwendig. Für je 100 Mann sollten im Höchstfalle zwei Vertreter als Soldatenrat gewählt werden. Von einer Auflösung des Büros wurde Abstand genommen, da in den nächsten Tagen Siegnitz der Sitz der Zentralstelle der Arbeiter- und Soldatenräte Niederschlesiens werden sollte. Nachdem noch die nicht gerade rosigten Zustände des Siegnitzer Polizeiwesens einer Erörterung unterzogen und die Personen, die im Auftrage des Arbeiter- und Soldatenrates Gegenzeichnungen vorzunehmen haben erneut bestimmt worden waren, war die Tagesordnung erschöpft. In der Ortspresse erschien am nächsten Tage die nachstehenden beiden Notizen:

An die Bevölkerung der Stadt- und Landkreises Siegnitz!

Der Arbeiter- und Soldatenrat zu Siegnitz sieht sich wegen einiger Vorgänge der letzten Zeit genötigt, noch einmal und zum letzten Male den eindringlichen Mahnruf an die Bevölkerung zu erlassen, nicht zu unternehmen und zu unterstützen, was die Ruhe, Ordnung und Sicherheit gefährden könnte. Als eine der jetzigen Reichsleitung Unterstützung leistende Körperschaft ist unsere Tätigkeit in erster Linie der Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit gewidmet. Allen Putzversuchen, von links oder rechts, werden wir nunmehr unmächtig mit aller Schärfe und ohne Rücksicht auf die Person entgegenzutreten. Auch Eigentumsverletzungen, Zerstörung von Fahnen usw. rechnen zu diesen Delikten. Einige bereits Inhaftierte sehen ihrer Aburteilung durch das Standgericht entgegen.

Eine Zentralstelle der niederschlesischen Arbeiter- und Soldatenräte

wird, entsprechend einem vor kurzem in Glogau gefaßten Beschlusse, in Siegnitz errichtet werden. Diese Zentralstelle wird einstweilen dem Büro in der Baumgartenstraße angegliedert werden. Ihre Aufgabe ist nicht etwa eine Unterordnung der übrigen niederschlesischen Arbeiter- und Soldatenräte, sondern mehr eine einheitlichere Gestaltung der notwendigen Tätigkeiten.

Am 4. Dezember 1918 hatte sich auf einer Zusammenkunft der Landwirte ein Kreisbauernrat gebildet, an welcher Versammlung Genosse Steininger teilnahm.

Der Arbeiter- und Soldatenrat sah sich genötigt, nochmals folgenden Aufruf zu erlassen:

Waffen sind abzugeben.

Die Zivilbevölkerung wird zur sofortigen Abgabe der in ihren Händen befindlichen Handwaffen nebst Munition, die militärisches Eigentum sind, aufgefordert. Hierfür kommen auch die in letzter Zeit von einzelnen Soldaten angekauften, als Heeresbesitz erkannten Handwaffen in Frage. Ebenso fallen hierunter alle

Waffen, die sich einzelne Soldaten bei ihrer Entlassung widerrechtlich mitgenommen haben. Die zur Abgabe kommenden Handwaffen usw. sind von jeder militärischen Dienststelle abzunehmen.

Kurz darauf, am 6. Dezember, mußte wiederum eine Vollversammlung stattfinden. Diese nahm die Berichte über die Konferenzen in Glogau und Sagan sowie über die Verhandlungen mit der Intendantur in Posen entgegen. Dorthin hatte der Vollzugsausschuß Vertreter entsandt, um Bekleidungsstücke und Uniformen, die hier dringend gebraucht wurden, herauszubekommen. Ein nachgesandtes Kommando hatte auch bereits große Posten verladen, doch machten die damals schon beginnenden deutschfeindlichen Unruhen den Hertransport unmöglich. Nochmals mußte sich die Versammlung mit den Zuständen im Bekleidungs-Instandsetzungs-Amt beschäftigen. Zur Klärung dieser Angelegenheit beschloß der Arbeiter- und Soldatenrat, daß

1. Eine Bestandsaufnahme sämtlicher lagernder Gegenstände vorgenommen wird,
2. kein Verkauf ohne Genehmigung durch die Kommission des Arbeiter- und Soldatenrates und des Demobilmachungsausschusses vorgenommen wird.
3. Ergibt sich die Notwendigkeit von Versteigerungen von Heeresgütern, technischen Materials und von Tieren, so ist vorher die Notwendigkeit durch die Kommission des Arbeiter- und Soldatenrates zu prüfen. Versteigerungen dürfen nur durch Sachverständige vorgenommen und es muß darauf geachtet werden, daß Schiebereien usw. vollständig ausgeschaltet sind. Der Eisenbahn wird verboten, Güter zu 1 und 2 zu befördern.

Gegen die rücksichtslose Autofahrerei wurde energisch eingeschritten. Die vom Berliner Vollzugsrat herausgegebenen Richtlinien wurden anerkannt; sie waren bei uns schon längst verwirklicht. Nachdem noch über das Reichsfunkwesen, die Telephonzentrale des Arbeiter- und Soldatenrates und über den Sicherheitsdienst Referate erstattet, und das Einschreiten gegen Raucher im Theater beschlossen worden war, wurde das Büro beauftragt, Richtlinien für den Wachtdienst auszuarbeiten. Letzteres geschah unmittelbar. Ein Rundschreiben an die Unternehmer hatte folgenden Wortlaut:

An die Vorstände und Leitungen der staatlichen, städtischen und privaten Unternehmungen im Orts- und Landbezirk Liegnitz.

Entgegen allen hochtönenden Erklärungen und Versprechungen, die darauf hinausgingen, daß die heimkehrenden Krieger in ihre früheren Arbeitsstätten zurückkehren können, mehrt sich die Zahl der Arbeitslosen ständig. Schon jetzt haben wir im Landkreis Liegnitz über 600 arbeitslose ehemalige Vaterlandsverteidiger. Wir verlangen durchaus nicht, daß zahlreiche Betriebe ihren moralischen und sozialen Verpflichtungen voll und ganz nachgekommen sind, können aber nicht umhin darauf hinzuweisen, daß immer noch hunderte von Arbeitsplätzen von weiblichen Arbeitskräften besetzt sind. Unter diesen gibt es viele, die nicht unbedingt zum Lebensunterhalt Erwerbszwecken nachgehen müssen. Diese Stellen müssen zugunsten der

heimgekehrten Arbeiter freigemacht werden. Bei den Entlassungen soll aber keine Willkür geübt, sondern jeder Fall geprüft werden. Wir richten an alle obengenannten Behörden und Personen das eindringliche Ersuchen, den schwergeprüften, jetzt arbeitslosen Volksgenossen die Möglichkeit zum Lebensunterhalt zu bieten.

Der Arbeiter- und Soldatenrat.

J. A.: Wielenz.

Am 11. Dezember trat der Vollzugsausschuß zusammen. Er erledigte in dieser Sitzung nur notwendige interne Angelegenheiten und nahm von einer Sympathieumgebung des Unteroffizierbundes Kenntnis.

Der Sicherheitsdienst erließ, um Irrtümern vorzubeugen, folgende Bekanntmachungen:

Der vom Arbeiter- und Soldatenrat eingerichtete Sicherheitsdienst ist fortan mit gestempelter roter Binde versehen. Außerdem führt jedes Mitglied den mit Lichtbild versehenen Ausweis bei sich.

Achtung!

Der Sicherheitsdienst des Arbeiter- und Soldatenrates bittet die Einwohner des Stadt- und Landkreises Wielenz, folgendes zu beachten: Anzeigen über Hausdurchsuchungen, Diebstähle und sonstige Meldungen müssen mit genauen Angaben des Ortes, Datum und eigenhändiger Unterschrift versehen sein. Nur solche werden berücksichtigt. Anonyme Zuschriften finden keine Erledigung.

Jeder Führer eines Militär- oder Privatautos muß künftig im Besitz einer vom Arbeiter- und Soldatenrat ausgestellten Bescheinigung sein.

Zehn Tage später trafen die Grenadiere hier ein. Ihnen wurde unter lebhafter Anteilnahme der Bevölkerung ein feierlicher Empfang zuteil. Mit klingendem Spiel bewagten sich die Heimkehrenden durch die festlich geschmückten Straßen zum Rathaus. Von einer Rednerempore aus wurden die Truppen seitens der Stadt durch den Herrn Oberbürgermeister Charbonnier, seitens des Arbeiter- und Soldatenrates durch den Genossen Steininger begrüßt. Nachdem einen Tag später auch die Maschinengewehr-Kompagnie eingetroffen war, veranstaltete der Arbeiter- und Soldatenrat eine Begrüßungsfeier. Hierüber berichtet die Volkswacht am 23. Dezember 1918:

Begrüßungsfeier für die Heimgekehrten.

Der hiesige Arbeiter- u. Soldatenrat veranstaltete am Sonntag mittag im Zentraltheater eine schön verlaufene Begrüßungsfeier.

Einleitend spielte die Siebener-Kapelle unter Leitung des Musikdirektors Mehring zwei Stücke. Hierauf nahm Genosse Stadtrat Ruppert (Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrates) das Wort zur Begrüßung. Er ging davon aus, daß die Kameraden von der Front noch nicht die nötige Aufklärung erhalten konnten. Sie alle werden aber aufgeatmet haben, daß sie nun von dem Alpdruck befreit sind, wofür die Sozialdemokratie Jahrzehnte gestritten. Mit fester Hand wurde zugegriffen, aber in der Stunde der Gefahr haben wir gezeigt, daß wir die Erhaltung des Vaterlandes wollen. Es beseele

uns keine Nachsicht, obwohl wir früher als Landesverräter bezeichnet und geschmäht wurden. Die gesamte Bürgerschaft von Siegnitz kann mit der Zusammensetzung des Arbeiter- und Soldatenrates zufrieden sein. Trotz aller Gegenbestrebungen lassen wir aber an den Errungenen nicht rütteln, auch über die Nationalversammlung hinaus. Zwischen Arbeiter- und Soldatenrat und Stadtverwaltung besteht ein guter Kontakt, der müsse auch zwischen Mannschaften und Vorgesetzten bestehen. Redner skizzierte sodann die Maßnahmen und Beschlüsse, die notwendig waren. Er betonte aber auch die unbedingte notwendige Einigkeit und verurteilte die Gegenbestrebungen von rechts und links, wo man auch bestrebt ist, die Arbeiter- und Soldatenräte zu verdächtigen. Hier in Siegnitz sei das ebenfalls der Fall gewesen.

Man solle sich nicht von Kleinigkeiten leiten lassen. Noch seien wir nicht über alle Kämpfe hinaus. Er appellierte an die Vernunft und schilderte das eben Erlebte in Berlin bei den Beratungen der Arbeiter- und Soldatenräte. Die Nationalversammlung kommt am 19. Januar 1919 zustande, aber das Volk läßt sich nie mehr die Macht entreißen. Alles muß aber mitarbeiten. In diesem Sinne entbiete er den herzlichsten Willkommensgruß. (Lebhafter Beifall.)

Darauf brachten S ä n g e r das Lied „Empor zum Licht“, dem der gemischte Chor „Weltfrieden“ folgte, in wirkungsvoller Weise zu Gehör.

Sodann begrüßte Herr Stadtrat Dr. Reichert das heimgekehrte aktive Regiment der Siebener Grenadiere im Namen der Stadt und betonte besonders das stete gute Einvernehmen beider miteinander. Er hob auch das vor dem Feinde Geleistete gebührend hervor. Wir wollen ein Volk von Brüdern sein und das neue Deutschland zu neuer Blüte emporheben. Das Gesetz der Freiheit müsse aber auch das Gesetz der Ordnung sein. Mit einem Hoch auf die Grenadiere schlossen seine Ausführungen.

Die S ä n g e r stimmten hierauf an den Sang: „Wir glauben an der Freiheit Sieg“. Jetzt nahm Kamerad Bizewachtmeister B ä c h t e l von der niederschlesischen Zentrale der Arbeiter- und Soldatenräte das Wort. Sie gipfelten darin, daß das Nationalgut vor allem geschützt werden muß. Im August 1914 sind wir gegen einen vermeintlichen heutigetägigen Feind ausgerückt und haben in blindem Gehorsam gekämpft. So konnte es nicht mehr weitergehen. Die deutsche Nation sei zum Selbstmörder geworden. Arbeit sei das Gebot der Stunde. Gemeinsam haben wir miteinander gekämpft, gemeinsam wollen wir auch das neue Deutschland aufbauen. Selbstzucht und Auflärung sei aber besonders nötig. Er schloß seine mit lebhaftem Beifall begleiteten Ausführungen mit einem Hoch auf die freie deutsche Republik.

Der Regimentskommandeur von Amman brach eine Lanze für das alte Regime, bekundete aber, daß eine Gegenrevolution ausgeschlossen sei. Jeder Vernünftige müsse sich auf den Boden der gegebenen Verhältnisse stellen. Er bemängelte sodann die jetzige Disziplin in der Armee; er würde sich freuen, wenn die jetzt so wäre, wie diese in der Sozialdemokratie früher gewesen ist.

Hierauf nahm noch Genosse Stadtverordneter Fritsch das Wort und sprach im Namen der gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Organisationen. Er schilderte zunächst die Ursachen des Zusammenbruches des alten Systems. Das Lied: „Alle Völker wollen Frieden, Frieden jedes Menschen Herz“ habe ihn tief ergriffen. Nach so langer Zeit von Mord und Totschlag müsse ja alles außer Rand und Band geraten. Ohne die Disziplin der Arbeiter wäre es sonst aber anders gekommen. Das sollte man den Arbeitern danken. Er schilderte sodann die Schrecken des Krieges. Deutschland stehe zwischen Abgrund oder Aufbau. Brot und Arbeit

sei jetzt die Parole. Die Fürsorge für die Heimgekehrten sei unsere höchste Pflicht. Nur die Tüchtigkeit wird in Zukunft noch maßgebend sein. Ordnung und Ruhe muß aber einkehren. Jeder wird jetzt gleiche Rechte, aber auch gleiche Pflichten haben. Alle müssen in die gewerkschaftliche und politische Organisation, die das Gesamtwohl des Vaterlandes wollen. Seine sehr beifällig aufgenommenen Ausführungen schlossen mit einem Hoch auf das freie Deutschland.

Ein zurückgekehrter Kamerad sprach den Dank der Kameraden aus und betonte, daß diese am 19. Januar 1919 so wählen werden, wie es ihnen die Ungerechtigkeiten beigebracht haben. (Stürmische Zustimmung!)

Nach einem Schlußwort des leitenden Kameraden, das Gehörte zu beherzigen, schloß die eindrucksvolle Versammlung.

Am 23. Dezember 1918 trat der Arbeiter- und Soldatenrat zum vierten Male zu einer Vollversammlung zusammen, die den Bericht der Delegierten vom Rätekongreß entgegennahm. Die Gefahren der Gegenrevolution durch das Wiedererstarken der Militärautokratie wurden eingehend behandelt. Als geeignetste Gegenmaßnahme fand die revolutionäre sozialistische Propaganda allseitige Zustimmung. Trotzdem sollte durch straffe Manneszucht der Disziplinosrigkeit einzelner Truppen entgegengetreten werden. Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurden die schwierigen Verhältnisse geschildert, unter denen die Behörden des 5. Armeekorps und der Korpsoldatenrat in Boson zu wirken hatten.

Die Feiertage waren in aller Ruhe ins Land gegangen. Das historisch hochbedeutsame Jahr 1918 ging seinem Ende entgegen und ein neues Jahr mit den neuen, großen Aufgaben der Festigung des republikanischen Deutschlands hielt seinen Einzug. Zunächst erforderte die Sorge um das Wohl der Stadt einige Vorbeugungsmaßregeln. Da es dem Arbeiter- und Soldatenrat bekannt geworden war, daß spartakistische Agitatoren von Berlin und Breslau nach Niederschlesien kommen sollten, um in der Schwesterstadt und in der Nacht vom 4. zum 5. Januar Krawallszenen aufzuführen, wurden in mehreren Teilen der Stadt starke, gut bewaffnete Wachen untergebracht. Verstärkte Patrouillen durchzogen die Straßen. In beide Büros des Arbeiter- und Soldatenrates wurden vom 1. 1. ab bis zum 26. 1. starke Wachen gelegt. Alle diese Maßnahmen garantierten die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, Alarmzeichen waren verabredet und alles bis ins Kleinste durchgearbeitet. Bis zum heutigen Tage sind jedoch erfreulicherweise Gewalttätigkeiten nicht zu verzeichnen gewesen.

Da wieder ein Schwindler, angeblich im Auftrage des Arbeiter- und Soldatenrates die Landgemeinden heimsuchten, wurde durch nachstehende Zeitungsnotiz Aufklärung gegeben:

Falsche Quartiermacher.

Der Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates in Siegnitz ersucht angebliche Quartiermacher des Arbeiter- und Soldatenrates verhaften zu wollen. Von ihm (dem Arbeiter- und Soldatenrat) wurden Quartiermacher nicht auf das Land geschickt, auch von den Truppen der Siegnitzer Garnison seien Truppen nicht unterwegs.

Die erste Versammlung des Arbeiter- und Soldatenrates im neuen Jahre fand am 6. Januar statt. Sie befaßte sich zunächst mit der spartakistischen Propaganda und den getroffenen Gegenmaßnahmen. Sodann wurden die Veränderungen in der Reichsleitung kurz besprochen und dem durch das Ausscheiden der Unabhängigen neu zusammengesetzten Rat der Volksbeauftragten das Vertrauen des Liegnitzer Arbeiter- und Soldatenrates bekundet. Zu den kommenden Wahlen versprach der Arbeiter- und der Soldatenrat tatkräftigste Unterstützung der Partei, die immer die Interessen der minderbemittelten Bevölkerung und des Proletariats wahrgenommen hat, der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Dieses Versprechen ist in beiden Wahlkämpfen redlich eingelöst worden. Beschlossen wurde ferner, baldigst eine öffentliche politische Soldatenwählerversammlung einzuberufen.

Die von den Polen erzwungene Auflösung des stellvertretenden Generalkommandos des 5. Armeekorps hatte zur Folge, daß das aktive Generalkommando vorübergehend seinen Sitz in Frankfurt a. O. nahm, um später nach Glogau überzusiedeln. Die Konferenz in Glogau hatte deshalb die Auflösung der Zentralstelle der Soldatenräte Niederschlesiens in Liegnitz verfügt und die Bildung eines Korps Soldatenrates beim Generalkommando in Glogau beschlossen. Zu diesem Korps Soldatenrat entsandte Liegnitz die schon in der Zentralstelle sehr rührig gewesenen Kameraden Hartmann und Winkelmann, weshalb eine Ergänzung des Vorstandes Platz greifen mußte. An Stelle Hartmanns wurde Vizefeldwebel Niepelt von den Grenadieren zum 2. Vorsitzenden gewählt. Nachstehend folgt der Bericht der Volkswacht über diese Sitzung, in dem auch die beiden äußerst wichtigen von der Versammlung einstimmig angenommenen Anträge enthalten sind:

Vollversammlung des Arbeiter- und Soldatenrates.

Die am Montag abgehaltene Vollsitzung des hiesigen Arbeiter- und Soldatenrates hatte eine äußerst reichhaltige Tagesordnung aufzuarbeiten. Wir heben die Stellungnahme zur neuen Regierung hervor. Die neue Regierung in ihrer mehrheitssozialistischen Zusammensetzung wurde als rechtmäßig anerkannt und stellte sich der Liegnitzer Arbeiter- und Soldatenrat ganz und entschieden hinter den Rat der Volksbeauftragten.

Zur kommenden Wahl wurde der Vorstand beauftragt, alle Schritte zu unternehmen, um den Soldaten, die nach dem 6. Januar hier zugewiesert sind, das Wahlrecht zu sichern. Auch soll in den nächsten Tagen hier eine große öffentliche Soldatenversammlung stattfinden, in welcher das Zentralratsmitglied Voigt-Breslau sprechen wird.

Weiter wurden die Sicherheitsmaßnahmen besprochen, die vom hiesigen Arbeiter- und Soldatenrat getroffen worden sind, um gegen alle Eventualitäten gewappnet zu sein. Der Arbeiter- und Soldatenrat ist der Überzeugung, daß innerhalb der Liegnitzer Bevölkerung kein Raum für spartakistische Machenschaften ist. Die Bürgerschaft könne aber auch die Versicherung entgegennehmen, daß der Arbeiter- und Soldatenrat vorkommenden Falles alles tun werde, um die Ruhe, Ordnung und Sicherheit aufrecht zu erhalten.

Einstimmige Annahme fand sodann folgender Antrag:

Am 15. und 16. November 1918 sah sich der Arbeiter- und Soldatenrat genötigt, in der Ortspresse folgende Warnung erscheinen zu lassen:

„Von verschiedenen Geschäftsleuten ist die jetzige Lage zu unberechtigten Preistreibern ausgenützt worden. Wir richten an alle Geschäftsinhaber des Stadt- und Landkreises Liegnitz die dringende Warnung, sich nicht zu solchen Machenschaften hinreißen zu lassen. Sollten noch weitere solche Fälle bekannt werden, dann müßte der Arbeiter- und Soldatenrat zur Bildung von Preisprüfungskommissionen schreiten.“

Diese Warnung hat nur einen vorübergehenden Erfolg gehabt. Gerade in der Festzeit ist das laufende Publikum in ganz gehöriger Weise geschöpft worden. Eine Stagnation in der Preissteigerung ist nicht wahrzunehmen. Besonders sind es Gebrauchs- und Genußartikel, die nicht der behördlichen Kontrolle unterliegen, aus denen gewisse Geschäftsleute hohe Profite herauswirtschaften. Die Leidtragenden sind in erster Linie die Arbeiterschaft und die Minderbemittelten. Aus diesen Gesichtspunkten heraus setzt der Arbeiter- und Soldatenrat eine Preisprüfungskommission ein, die gegen derartige Volksschädlinge rücksichtslos einschreiten, im übrigen aber noch vom Arbeiter- und Soldatenrat bezw. seinem Büro nähere Instruktionen erhalten wird.

Die Kommission wurde sofort gewählt und besteht zu gleichen Teilen aus Fachleuten und Soldaten. Hierbei sei darauf hingewiesen, daß sich die Mitglieder bei ihren amtlichen Handlungen durch die vom Arbeiter- und Soldatenrat sowie von der Stadtverwaltung unterschriebenen Vollmachten und ihre persönlichen Ausweise zu legitimieren haben.

Ebenfalls einstimmige Annahme fand auch der nachfolgende, nicht minder wichtige Antrag:

Von Seiten der Hauseigentümer werden in der letzten Zeit die Mietpreise der Wohnungen, insbesondere die der Kleinwohnungen, in ganz unberechtigter Weise gesteigert. Mancher arme Kriegsteilnehmer ist noch ohne jede Erwerbsmöglichkeit. Durch das rigorose Vorgehen der Hauswirte werden schwere pekuniäre Sorgen in das durch die lange Kriegsdauer schon ohnehin genugsam geschädigte Familienleben der Minderbemittelten getragen. Der Arbeiter- und Soldatenrat Liegnitz protestiert ganz entschieden gegen diese schamlose Ausnutzung der Notlage im Wohnungswesen durch die Hauswirte und Eigentümer und beauftragt das Büro des Arbeiter- und Soldatenrates, beim Magistrat, dem Mietseinigungsamt und der Interessenvertretung der Hauseigentümer dahin zu wirken, daß Mietsteigerungen bis auf weiteres nicht stattfinden dürfen. In besonderen Fällen muß jede derartige Angelegenheit vorher durch das Mietseinigungsamt geprüft und entschieden werden.

Der Arbeiter- und Soldatenrat wird alles daran wenden, um beide Anträge recht wirksam durchzusetzen. Aus dem übrigen Verhandlungsstoff sei noch hervorgehoben, daß der hiesige Arbeiter- und Soldatenrat in Kürze einen Rechnungsbericht über seine Tätigkeit veröffentlichen wird, auf daß sich all die „Besserwissenden“ von der „Mißwirtschaft“ des Arbeiter- und Soldatenrates überzeugen können.

Des weiteren mußte die Polizeistunde, wie aus nachfolgendem Inferat ersichtlich, verkürzt werden:

Frühere Polizeistunde.

Infolge Kohlemangels und der dadurch bedingten Notwendigkeit der Gasersparnis wird vom 9. d. Mts. ab für sämtliche Lokale der Stadt Liegnitz einschließlich Theater und Lichtspielhäuser die Polizeistunde bis auf weiteres auf 10 Uhr nachts festgesetzt. Dasselbe gilt auch für geschlossene Gesellschaften und Vergnügungen jeder Art. Zuwiderhandlungen ziehen Bestrafungen nach sich.

Die neu eingesetzte Preisprüfungskommission, auf deren angeglieder-ten Sonderbericht verwiesen wird, erließ die nachstehende Bekanntmachung:

Preisprüfungskommission.

Die am 6. Januar in der Vollversammlung des Arbeiter- und Soldatenrates Liegnitz gewählte Preisprüfungskommission hat zunächst beschlossen, darüber zu wachen, daß im Stadtkreise Liegnitz die Verkaufspreise für Lebensmittel, Genußmittel, Bekleidungs-, Wirtschafts- und sonstige Bedarfsartikel zu den Einkaufspreisen im richtigen Verhältnis stehen, übermäßige Gewinne also nicht erzielt werden.

Um diese Aufgabe erfüllen zu können, müssen alle Geschäftsinhaber veranlaßt werden, ihre Waren in den Schaufenstern und den Verkaufsräumen mit deutlich geschriebenen Verkaufspreisen zu versehen, oder soweit dieses nicht angängig ist, entsprechende Preistafeln so anzubringen, daß Kauflustige sich bequem über die Verkaufspreise unterrichten können.

Insbesondere hat die Preisprüfungskommission die Verpflichtung übernommen, sich über die Verkaufspreise in möglichst allen Geschäften genau zu unterrichten und in allen Fällen, wo festgestellt wird, daß ein übermäßiger Gewinn erzielt worden ist oder erzielt werden soll, haben die einzelnen Mitglieder derselben das Recht, sich von dem betreffenden Geschäftsinhaber oder seinem Vertreter die Lieferungsverträge, Rechnungen, Geschäftsbücher oder sonstigen Unterlagen vorlegen zu lassen, um die Einkaufspreise zu ermitteln.

Bei ihren Feststellungen hat die Kommission alle Geschäftskosten, wie Miete für die Geschäftsräume, Gehälter für die Angestellten, Heizung, Beleuchtung usw. zu berücksichtigen.

Auch hat sie das Recht, jeweilig Sachverständige hinzuzuziehen oder die Handelskammer um ein Gutachten zu ersuchen.

Die Preisprüfungskommission ist streng verpflichtet, über alle geschäftlichen Angelegenheiten, die ihr durch ihre Tätigkeit bei Ermittlung von Einkaufspreisen zur Kenntnis gelangen, nach außen hin das größte Stillschweigen zu bewahren, aber alle Fälle, in denen sie übertrieben hohe Verkaufspreise festgestellt hat, so zu behandeln, daß unbedingt eine Änderung herbeigeführt wird und auch mindestens der erzielte Übergewinn zur Einziehung gelangt.

Die Geschäftsstelle der Preisprüfungskommission befindet sich Baumgartenstraße 8; etwaige Mitteilungen der Einwohnerschaft sind dort niederzulegen.

Am 15. Januar 1919 fand eine imposante Soldatenversammlung im Neuen Sommertheater statt. Kamerad Klippel vom Zentralsoldatenrat Breslau verstand es in fesselnder Weise, den Zuhörern die vorrevolutionären Zustände, die Ursachen des Umsturzes und die Aufgaben der Wiedererrichtung eines neuen, besseren Staatswesens vor Augen zu führen. Der Redner erntete lebhaften Beifall.

Die Wahlpropaganda war im vollen Gange; der gute Ausfall der Wahl ist nicht zuletzt der tatkräftigen Mitbeteiligung des Arbeiter- und Soldatenrates an den Vorarbeiten zuzuschreiben.

Der aufhebenden, die öffentliche Ruhe und Sicherheit gefährdenden Tätigkeit des Wahlbüros der „nationalen Volkspartei“ machte der Arbeiter- und Soldatenrat durch Ladenschließung kurzerhand ein Ende. Es lag dem Arbeiter- und Soldatenrat fern, die Rede- und Pressefreiheit zu beschränken. Unter den willkürlich ausgeübten Verboten des alten Systems hatte gerade die arbeitende Klasse genugsam zu leiden. Deshalb sollte der Spieß nicht etwa umgedreht werden. Aber so nichtswürdige Verleumdungen, wie sie in den Flugblättern dieser Partei ausgesprochen wurden, konnte man nicht auf sich beruhen lassen, und es erfolgte der radikale Eingriff, worüber die Volkswacht ganz kurz berichtet:

Der Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates von Liegnitz gibt bekannt, daß das Wahlbüro der „nationalen Volkspartei“ wegen andauernder nichtswürdiger Verleumdungen vom Arbeiter- und Soldatenrat geschlossen worden ist und sämtliche Flugchriften beschlagnahmt sind.

Über das Zeter und Mordio der Parteileitung ging der Arbeiter- und Soldatenrat stillschweigend hinweg.

Die am 19. 1. 1919 erlassene Verfügung des Kriegsministers betr. die Neuregelung der Kommandogewalt rief unter den Soldatenräten Deutschlands, die auf der Grundlage der sogenannten Hamburger acht Punkte standen, lebhafteste Entrüstung hervor. Der Liegnitzer Arbeiter- und Soldatenrat nahm am 28. 1. 1919 zu dieser Machtfrage Stellung. Wie aus beigefügtem Zeitungsbericht ersichtlich ist, wurde diese Verfügung auch vom Liegnitzer Arbeiter- und Soldatenrat nicht anerkannt:

Gegen die Neuregelung der Kommandogewalt.

Der Zentral-Soldatenrat des 5. Armeekorps hat gegen die Durchführung der geplanten Neuregelung der Kommandogewalt und der Machtbefugnisse der Soldatenräte im Friedensheere Einspruch erhoben und wird zusammen mit der Mehrzahl der Zentralräte Deutschlands bei der Reichsregierung Schritte unternehmen, um eine Abänderung der ergangenen Bestimmungen herbeizuführen und den gewählten Vertretern der Soldaten bei einer etwaigen Neuordnung einen maßgebenden Einfluß zu sichern. Die Zentral-Soldatenräte Deutschlands werden in nächster Zeit zu einer Tagung zusammenzutreten, um mit den Vertretern der Reichsregierung und des preußischen Kriegsministeriums über neue Richtlinien zu verhandeln.

Auch die am 28. d. M. stattgefundene Vollversammlung des Arbeiter- und Soldatenrates Liegnitz beschäftigte sich mit der vom Kriegsministerium angeordneten Neuregelung der Kommandogewalt. Aus nachstehender, mit allen gegen eine Stimme angenommener Entschlieung ist die Stellungnahme des Arbeiter- und Soldatenrates klar ersichtlich:

„Die heutige Vollversammlung des Arbeiter- und Soldatenrates Liegnitz protestiert auf das entschiedenste gegen die vom Kriegsministerium erlassene Verfügung über die Neuregelung der Kommandogewalt. Sie erblickt darin einen Versuch, das durch die Revolution gestürzte militärische System und den preußischen

Kastengeist wieder aufzurichten. Der Arbeiter- und Soldatenrat als revolutionäre Kampfinstitution, deren Hauptaufgabe es ist, die Errungenschaften der Novembertage zu sichern, kann niemals diese jeder demokratischen Forderung hohnsprechende kriegsministerielle Verfügung gutheißen. Nach wie vor steht der Liegnitzer Arbeiter- und Soldatenrat auf dem Standpunkt, daß die Neuregelung des Kommandowesens nur auf der Basis der vom Rätekongreß angenommenen Hamburger acht Punkte erfolgen kann und spricht die Erwartung aus, daß die Reichsleitung sobald wie möglich zur Auflösung des stehenden Heeres und zur Schaffung eines Volksheeres schreiten wird. Als Stütze einer sozialistischen Regierung läßt sich der Arbeiter- und Soldatenrat seine Machtbefugnisse durch einen Federstrich nicht aus der Hand nehmen. Zur endgültigen Regelung dieser eminent wichtigen Angelegenheit fordert er vom Zentralsoldatenrat der Provinz Schlesien, von dem des 5. Armeekorps und von dem Zentralrat der Republik die schleunigste Einberufung eines allgemeinen Arbeiter- und Soldatenräte-Kongresses."

Alle inzwischen von Dienststellen und Kommandobehörden selbständig getroffenen Verfügungen haben keine Gültigkeit."

Des Weiteren nahm diese Versammlung einen Bericht entgegen, welcher von einem Intendanturbeamten erstattet, den Leidensweg dieser für das gesamte Versorgungsweien eines Armeekorps höchst wichtigen Einrichtung miterleben ließ. Ferner wurde der Versammlung Aufklärung zuteil über den auf Veranlassung des Büros im Einvernehmen mit den Behörden eingerichteten Wachtdienst von 170 entlassenen arbeitslosen Kriegsteilnehmern, der diesen Leuten wenigstens für einige Wochen eine Existenzmöglichkeit bot. Die Sitzung mußte vertagt werden, und der Vollzugsausschuß erledigte die Tagesordnung am 30. Januar. In dieser Sitzung erstatteten zunächst die Vertreter der hiesigen Nebenstelle des Reichsverwertungsamtes einen Bericht über ihre bisherige, vom Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrates Ruppert kontrollierte Tätigkeit. Sodann wurde eine Reduzierung des Arbeiter- und Soldatenrates beschlossen. Die rein militärischen Angelegenheiten wird fortan der aus 7 Mitgliedern bestehende Garnison-Soldatenrat erledigen. Auf den Bericht der Preisprüfungskommission hin (siehe Sonderbericht) wurden dem städtischen Lebensmittelamt und der Mehlverteilungsstelle je ein Kontrolleur beigelegt. Des Weiteren wurde ein Antrag auf Verlängerung der Polizeistunde bis 11 Uhr der Polizeiverwaltung befürwortend weitergegeben.

Bei dieser Gelegenheit sei noch bemerkt, daß der Arbeiter- und Soldatenrat einige Wochen früher der Stadt 30 Waggons Steinkohle zugeführt hatte, die seit Monaten auf totem Gleise des hiesigen Staatsbahnhofes gestanden.

Folgendes war am nächsten Tage in der Ortspresse zu lesen:

Vom Arbeiter- und Soldatenrat.

Der Vollzugsausschuß beschloß am Donnerstag eine Reduzierung der Soldatenräte. Jede Einheit soll ihren kontrollierenden Soldatenrat haben, der durch Vertrauensleute unterstützt wird. Jede Truppengattung wählt einen Vertreter zum Garnison-Soldatenrat,

der in Stärke von 6 Mann in Gemeinschaft mit den Arbeitervertretern den Vollzugsausschuß bildet. Die militärischen Angelegenheiten werden künftig streng gesondert behandelt werden.

Beschlossen wurde unter anderem, dem städtischen Lebensmittel- und der städtischen Mehlerverteilungsstelle je einen Beirat als Kontrolleur beizufügen. Damit soll versucht werden, den zutage getretenen Mißständen bei der Verteilung usw. ein Ende zu bereiten.

Gastwirte und Saal-Eigentümer!

Der Arbeiter- und Soldatenrat macht bekannt: Die Anordnung der Polizeiverwaltung und des Arbeiter- und Soldatenrates vom 6. Dezember 1918 (bezt. Abhaltung von Tanzlustbarkeiten an Wochentagen) wird hiermit erneut zur Kenntnis gebracht. Die drohende Kohlennot zwingt uns zur scharfen und rücksichtslosen Durchführung des Tanzverbotes an Wochentagen. Im übrigen gelten die polizeilichen Bestimmungen nach wie vor.

Im Siegnitzer Tageblatt entstand zum ersten Male eine Polemik zwischen einem Bürger und dem Arbeiter- und Soldatenrat, die, da nach unserer Meinung von Allgemeininteresse, hier im Wortlaut wiedergegeben werden soll:

Arbeiter- und Soldatenräte.

Es erscheint zeitgemäß, einmal Betrachtungen darüber anzustellen, welche Funktionen den Arbeiter- und Soldatenräten zustehen. Dies ist eine vielumstrittene Frage, welche täglich mehr Bedeutung erhält, weil sich die Reibungspunkte zwischen der Bürgerschaft und den Anordnungen der Arbeiter- und Soldatenräte mehren. Welche Rechte haben nun die Arbeiter- und Soldatenräte gesetzlich, d. h. unter Einhaltung der jetzigen reichsgesetzlichen Vorschriften, die jedermann und auch der Arbeiter- und Soldatenrat befolgen sollte und müßte, wenn geordnete Verhältnisse angestrebt werden? Die Antwort auf diese Frage gibt der Arbeiter- und Soldatenrat selbst recht zutreffend in einem Beschluß, den er am 28. Januar gefaßt hat, veröffentlicht in Nr. 26 des „Siegnitzer Tageblattes“. Da heißt es: „Der Arbeiter- und Soldatenrat ist eine revolutionäre Kampforganisation, deren Hauptaufgabe es ist, die Errungenschaften der Novembertage zu sichern.“

Alle fortschrittlich Gesinnten und Demokraten werden an diesem Programm, man darf wohl sagen, willig mitarbeiten. In Wirklichkeit beschränkt sich der Arbeiter- und Soldatenrat nicht auf diese Tätigkeit, sondern greift täglich mehr und mehr in andere Organisationen und in das Wirtschaftsleben ein, wozu eine rechtliche Grundlage fehlt. Er übt Kontrollen aus über Ein- und Verkaufspreise, er verfügt Beschlagnahmen, beides Maßnahmen, welche im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen der Polizei zustehen. Er erläßt Anordnungen, welche den Hauswirten verbieten, Wohnungen zu kündigen oder Wohnungspreise zu verändern; das hat mit der Sicherung einer Revolution nichts zu tun. Er beauftragt das Mietseinigungsamt, innerhalb 24 Stunden zu urteilen; das ist Diktatur und ein Eingriff in ein Verfahren, was wiederum mit demokratischem Denken nichts zu tun hat. In der Sonntags-Ausgabe Nr. 28 des „Siegnitzer Tageblattes“ steht geschrieben, er will den städtischen Lebensmittelstellen Beiräte begeben, angeblich um Mißstände zu beseitigen. Leider steht in der Zuschrift nicht, welches eigentlich diese Mißstände sind, und gerade dies würde die Siegnitzer Bürgerschaft ganz besonders interessieren. Darum heraus mit den Mißständen vor das Forum der breiten Öffentlichkeit. Man kann aber hier

wieder die Frage aufwerfen: Hat der Arbeiter- und Soldatenrat ein Recht zur Einmischung in die Lebensmittelversorgung? Dieses Recht muß glatt verneint werden. Nach einer Verfügung der Reichsgüterstelle vom 16. November 1918, Nr. 19, nach einem Erlaß der jetzigen Regierung im „Reichsgesetzblatt“ Nr. 4 vom 28. Dezember 1918 und endlich in der Anordnung des Kriegsernährungsamtes, Aften-Zeichen A. II. 13 150, vom 18. Dezember 1918 ist es den Arbeiter- und Soldatenräten untersagt, in die kommunale Lebensmittelversorgung einzugreifen, und nur der Standpunkt „Gewalt geht vor Recht“ würde die Grundlage zu einem Eingriff schaffen. Bei der Unbeliebtheit, die die Arbeiter- und Soldatenräte in ländlichen Kreisen haben, würde deren Einwirkung auf die Lebensmittelbewirtschaftung nicht förderlich, eher hinderlich sein. Wenn wir vorwärts kommen wollen, so müssen wir uns alle einer Reichsgewalt unterordnen. Hier vertritt gerade die sozialistische Partei den einzig richtigen Standpunkt: nicht mehr Kleinstaaterei, nicht Württemberg, Baden, Bayern, Preußen, sondern ein einiges Deutsches Reich ist anzustreben. Auf dieses Ziel sollen auch Arbeiter- und Soldatenräte blicken, oder sollen die angeführten, aber nicht vorhandenen Mißstände bei der Lebensmittelversorgung ein Eingriffsrecht konstruieren? Es gibt beim Magistrat keine Lebensmittelmaßnahmen, an welcher nicht sozialistische Bürger mitberaten und mitbestimmt hätten, und es sind dies dieselben Personen, die im Arbeiter- und Soldatenrat einflußreiche Stimmen haben.

Wir haben nun eine Nationalversammlung gewählt, die bald in Arbeit treten muß. Bei Nichtbefolgung einer einheitlichen Reichsregierung könnte jede andere Berufsgruppe Räte und Ausschüsse bilden, die nach eigenem Ermessen regieren helfen. Das Regieren muß in der Folgezeit nur den berufenen Organen des demokratischen Freiheitsstaates zustehen, das sei gesagt auch im Interesse der Arbeiter- und Soldatenräte, bei denen die hier kritisierten Verhältnisse ihr eigenes Werk und ihre Aufgabe schädigen und gefährden.

Zum Schluß noch eine Frage. Sind die jetzt erfolgten Maßnahmen auf Einflüsse von „Unabhängigen“ zurückzuführen, von denen ebenfalls einige Herren im Arbeiter- und Soldatenrat sitzen? Sagte doch einer, wir müssen die Behörden kontrollieren und mehr Einfluß auf die Behörden gewinnen. —o.

Auf diesen Artikel folgte wenige Tage später die Veröffentlichung unserer Antwort als „Eingefandt“:

Arbeiter- und Soldatenräte.

Am 4. d. Mts. las ich unter „Eingefandt“ eine mir sehr interessant erscheinende Kritik der Funktionsausübung seitens der Arbeiter- und Soldatenräte. Nach allem, was der Einsender sagt, wird nicht das Räteystem als solches, sondern der Arbeiter- und Soldatenrat zu Liegnitz im besonderen dieser Kritik unterzogen. Dem verehrten „—o“ bin ich für seine offenbar von starkem Rechtsempfinden getragenen Ausführungen sehr dankbar. Im folgenden will ich den Versuch machen, einiges in den besagten Ausführungen richtigzustellen sowie einige Fragen zu beantworten.

Wenn ich zunächst zugebe, daß die angestellten Betrachtungen zeitgemäß sind, so wünschte ich als Mitarbeiter im Arbeiter- und Soldatenrat, daß derartige Betrachtungen (zeitgemäß) schon 2½ Monate früher angestellt worden wären, zu jener Zeit, als die Revolution der Arbeiter und Soldaten ihren Trägern, den Arbeiter- und Soldatenräten, die Richtlinien vorschrieb. Damals merkten wir von der „willigen Mitarbeit“ der bürgerlichen Elemente herzlich

wenig, und auch heute noch zeigt sich täglich, daß es hierbei, wenn es gilt, revolutionäre Errungenschaften zu sichern, sehr mau bestellt ist.

Des ferneren wird das Fehlen der rechtlichen Grundlagen bei mancher Funktionsausübung des Arbeiter- und Soldatenrates bemängelt. Ja, verehrter „—o“, eine Revolution nach Gesehbuchstaben ist nur im Staate „Utopia“ möglich. Der leitende Rechtsgrundsatz des hiesigen Arbeiter- und Soldatenrates ist: „Alles für und durch das Volk“. Haben sich bei Verwirklichung dieses Leitmotivs Reibungspunkte zwischen Bürgerschaft und dem Arbeiter- und Soldatenrat ergeben, so möchte ich diese Bürgerschaft als nur einen Teil derselben und zwar an ihrem Profiten interessierte Menschen näher präzisieren. Solange der Geldbeutel vor Recht geht, werden wir dem allerdings Gewalt entgegensetzen. Gerade durch unsere Kontrolle der Ein- und Verkaufspreise haben wir viele Mißstände aufgedeckt, für deren Abstellung wir täglich Dutzende von Anerkennungschriften erhalten. Die Beschlagnahmungen, die lediglich im Interesse der Bevölkerung des Stadt- und Landkreises erfolgten, haben uns nachweislich Hunderte von Dankschreiben eingebracht. Erinnern will ich nur an die Belieferung des Stadt- und Landkreises mit guter Seife, Hemden, Unterhosen und Wolljacks zu Preisen, die jeder Gerechtdenkende als normal bezeichnen muß. Beschlagnahmungen erfolgen nur, wenn Unrechttäten oder die Gefahr von Verderbnis klar auf der Hand liegen. So kann es der verehrte Einsender z. B. dem Arbeiter- und Soldatenrat zuschreiben, daß sein Gasflämmchen einige Tage länger benutzen kann. War es doch der gern geschmähte Arbeiter- und Soldatenrat, der erst kürzlich der Stadt 30 Waggons Steinkohle zugeführt hat! Zur Frage der polizeilichen Befugnis will ich nur bemerken, daß gerade unser Sicherheitsdienst von der Polizei in allen möglichen kriminellen Angelegenheiten um tatkräftige Hilfe ersucht wird. Beide Körperschaften haben bisher ganz gut zusammen gearbeitet.

Ein Verbot der Wohnungskündigungen ist seitens des Vollzugsausschusses nicht erfolgt. Die Maßnahmen, die im Wohnungswesen in Sachen der ärmeren Bevölkerung getroffen wurden, zielten nur darauf hin, das Mietseinigungsamt in seiner segensreichen Tätigkeit mehr noch als bisher publik zu machen. Die Beauftragung der Erledigung von Streitfällen innerhalb 24 Stunden ist auf einen menschlichen Irrtum zurückzuführen, der nur durch kolossale Arbeitsüberhäufung unterlaufen konnte. Bei dieser Gelegenheit kann ich gleich bemerken, daß unsere beiden Registraturen schon über 3000 Gesuche (erledigte) aller Arten aufzuweisen haben.

Einen direkten Eingriff in die Lebensmittelversorgung hat sich der hiesige Arbeiter- und Soldatenrat nicht zu Schulden kommen lassen. Vielmehr unterstützt er die Behörden hierbei durch Stellung von Lastautos und beschränkt sich im weiteren nur auf die Kontrolle in bezug auf gerechte Verteilung. Mancher Kaufmann kann hierüber in Punkto Petroleum, Mehl, Seringe, Kartoffeln u. a. m. ein Liedchen singen. Demnächst wird seitens des Arbeiter- und Soldatenrates einiges aus der Tätigkeit der Preisprüfungskommission veröffentlicht werden. Auch der skeptische Einsender wird wohl dann die Notwendigkeit einer derartigen Kontrolle anerkennen. Die Schuld an den eventuell vorhandenen Mißständen bei den behördlichen Lebensmittelämtern den sozialistischen Stadtvätern in die Schuhe zu schieben, ist ein vergebliches Unterfangen. Diese Menschen sind schließlich noch keine anatomischen und psychologischen Wundertiere, die jede Materie bis zum „TZ“ beherrschen, überall sein können und von heute auf morgen schlarrassische Zustände einzuführen vermögen.

Eine Auflehnung gegen die Reichsgewalt ist uns noch nicht eingefallen. Nur definieren wir den Begriff „Reichsgewalt“ dahingehend, daß der Träger derselben das revolutionäre Proletariat ist. In der Unterstützung (nicht Mitregierung) sind wir durchaus keine Diktatoren. Sind doch im Arbeiter- und Soldatenrat nicht weniger als 15 politisch durchaus neutrale Körperschaften vertreten. Zum Schluß nur noch die Mitteilung, daß durch die Genossen der Unabhängigen sozialistischen Partei der Charakter des Arbeiter- und Soldatenrates durchaus nicht bestimmt wird. Nur um ihnen die mitunter ungerechtfertigte Kritik vor Augen zu halten, haben wir ihnen zur Mitarbeit Gelegenheit gegeben. M i e l e n z.

Eine sehr bedeutsame Sitzung des Vollzugsausschusses fand am 11. Februar im Rathause statt. Die Versammlung nahm den Kassenbericht über die Monate November—Dezember entgegen. (Wir verweisen auf den Generalkassenabschluss am Ende des Heftes.) 10 828 M Einnahmen stehen 9625,58 M Ausgaben gegenüber, der Bestand am 31. Dezember 1918 belief sich somit auf 1202,42 M. In diesen Summen nicht enthalten sind natürlich die a) aus dem Wäsche- und b) aus dem Seifenverkauf erzielten Beträge. Diese betragen zu a) 247 356,20, zu b) 186 970,— M und sind von den Geschäften bezw. dem Arbeiter- und Soldatenrat direkt der Stadthauptkasse, der Dresdner Bank oder der Reichshauptkasse überwiesen worden. Durch den Arbeiter- und Soldatenrat sind insgesamt 1. 77 397 Stück Hemden à 70 cm, 2. 32 977 Stück Barchenthosen und 3. 25 424 Stück gestrickte Jacken und Hosen dem Handel übergeben worden. Die Ein- und Verkaufspreise betragen zu 1. 1,80 M und 2,25 M, zu 2. 1,50 M und 2,— M und zu 3. 2,20 M und 2,75 M, der Gewinn betrug in jedem Falle also nur 25 Prozent. Die Seife wurde mit 2,— M für jedes halbe Pfund berechnet. Die Revisoren konnten nur einige Formfehler des Kassenberichtes bemängeln, die Gesamtabrechnung soll erst gegen Ende des Februar erfolgen.

Des weiteren befaßte sich die Versammlung mit der in erschreckendem Maße nachlassenden Belieferung der Städte und Industriezentren mit Fett und Milch. Nach zwei sehr inhaltsreichen Referaten, die von dem Vertreter der Kreisfettstelle Herrn Heider und von Herrn Bezirksrevisor Zobel erstattet und in denen die Ursachen und Gründe dieses gefährlichen Zustandes, aber auch die Maßnahmen zur Behebung desselben eingehend erörtert wurden, beschloß die Versammlung, sich einer Eingabe des Magistrats an den Regierungspräsidenten voll und ganz anzuschließen. In ihr wurde die strikteste Aufrechterhaltung des Ablieferungszwanges und für die Kreise des Bezirkes, in denen er nicht mehr besteht, die schleunigste Wiedereinführung desselben verlangt. Ein Rundschreiben an die Herren Landräte fordert dieselben auf, schleunigst unter Hinzuziehung des Arbeiter- und Soldatenrates Kreisbauernversammlungen einzuberufen, in denen auf gutlichem Wege versucht werden soll, den Landwirten die Notwendigkeit des Molkereianschlusses klar zu machen. Sollten alle diese Mittel versagen, so wird das mangelnde soziale Empfinden der Kubhalter durch Zwangseinquartierungen und durch Arbeitslosenbesuche geweckt werden.

Die vom Arbeiter- und Soldatenrat eingesetzte Preisprüfungs-

Kommission wurde aufgelöst und die bestehende städtische Preisprüfungsstelle durch vier Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates verstärkt.

Entgegen den seiner Zeit bei den Verhandlungen mit dem Reichsverwerkungsamt Berlin getroffenen Vereinbarungen, wonach 50 Proz. der hier lagernden 60 000 Stück russischen Zeltbahnen der Siegnitzer Industrie zur Verarbeitung zu Arbeiter- und Berufsanzügen zugeführt werden sollten, war Order eingetroffen, den Gesamtbestand an Zeltbahnen nach Breslau zu überführen. Um dem vorzubeugen, wurde der erste Vorsitzende ermächtigt, im Sinne der Vereinbarung 50 Prozent zu beschlagnahmen und der hiesigen Industrie zur Verarbeitung zuzuführen. Bei denselben soeben schon erwähnten Berliner Verhandlungen wurde auch die Frage der hier im Werte von zirka 12 Millionen Mark lagernden Weine geklärt; 30 Prozent des Gesamtbestandes sollten darnach dem Bezirk Siegnitz zugute kommen. Die Machinationen der auf rein kapitalistischer Grundlage basierenden Weinhandelsgesellschaft jedoch sicherten derselben das ganze Objekt. Auch hierin wurde ganz energisch zugegriffen und der Vorstand ermächtigt, 600 000 (sechshunderttausend) Flaschen abfüllen zu lassen, um diese Menge an Bazarett, Kliniken und Interessenten des Regierungsbezirkes zum Absatz zu bringen. Auf diese Weise soll wenigstens ein Bruchteil der hochqualifizierten Weine, die aus bereits bezahlten Heeresaufträgen stammen, der Verschacherung durch die Weinhandelsgesellschaft entzogen werden.

Nachdem noch ein Bericht über die Verwaltung und Verwendung des sogenannten Herzog-Fonds (82 000 M zur Unterstützung bedürftiger Vaterlandsverteidiger) entgegengenommen worden war, wurde die Sitzung geschlossen.

Es ist angebracht, bei dieser Gelegenheit auf das gute Einvernehmen der städtischen und militärischen Behörden mit dem Arbeiter- und Soldatenrat hinzuweisen. Die Zusammenarbeit dieser Körperschaften mit dem Arbeiter- und Soldatenrat war, abgesehen von einigen unaußbleiblichen sachlichen Differenzen, immer eine gute. Mehrfach sind auch dem Arbeiter- und Soldatenrat von Seiten dieser Behörden für wirksame Unterstützung Anerkennungen ausgesprochen worden.

Hiermit schließt der Überblick über die Tätigkeit des Arbeiter- und Soldatenrates Siegnitz. Keineswegs ist der Arbeiter- und Soldatenrat selbst aber am Ende seiner Tätigkeit angelangt, dazu liegt heutigen Tages noch keine Veranlassung vor. Im Gegenteil, Arbeitsstoff ist genügend vorhanden, und die Arbeitslust wird gestärkt durch das wachsende Vertrauen der großen Masse. Die Nörgler jedoch und die auf hohem Piedestal Stehenden können uns hierin keinen Abbruch tun. Der Arbeiter- und Soldatenrat wird weiter Revolutionsarbeit verrichten getreu der Devise: „Alles für und durch das Volk!“



Bericht über die Tätigkeit des Sicherheitsdienstes,

aufgestellt an Hand des Tagebuches.

Am 6. Dezember 1918 ins Leben gerufen betätigte sich der Sicherheitsdienst im öffentlichen Interesse. Von diesem Termin an bis zur Übergabe dieser Dienststelle an den Garnison-Soldatenrat am 7. Februar 1919 wurden erledigt: 27 Hausfuchungen, 19 Diebstähle, 31 Beschlagnahmungen und 16 Verhaftungen.

Soweit es sich hierbei um Militärpersonen handelt, wurden diese Fälle vom Sicherheitsdienst selbständig erledigt. In anderen Fällen wurde die hiesige Polizei-Verwaltung zu Hilfe gezogen.

Das Tagebuch weist 416 laufende Nummern auf, der größte Teil dieser Angelegenheiten bestand aus Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Polen und Russen, ferner eine große Zahl aus Schlichtungen von Mietsstreitigkeiten.

Die bei den Hausfuchungen, Beschlagnahmungen und Diebstählen wiederbeschafften militärischen Gegenstände und Ausrüstungsstücke wurden dem Heeresverbande wieder zugeführt. Bei 11 Fällen von Diebstahl handelte es sich um Einbruchsdiebstähle in militärische Lager usw., die vom Sicherheitsdienst vollständig aufgeklärt und bei denen die Täter verhaftet wurden. In acht Fällen wurden insgesamt 14 Pferde gestohlen, die sämtlich den betreffenden Truppenteilen wieder zugeführt werden konnten. Bei den meisten Beschlagnahmungen handelte es sich um verschlepptes bezw. gestohlenes, zum mindesten aber um zu Unrecht erworbenes Heeresgut, welches sämtlich den Heeresverbänden zurückerstattet wurde.



Verzeichnis der Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates.

Stand vom 1. 1. 1919.

(Kürzungen: N. = Nachwahl. V. A. = Vollzugsausschußmitglied.)

- | | | |
|-----|--|----------|
| 1. | Arbeiter-Sekretär R. Ruppert, 1. Vorsitzender | V. A. |
| 2. | Gefr. Hartmann, Vertreter beim 5. A. R. in Glogau, | V. A. |
| 3. | Oberbürgermeister Charbonnier, Stadtverwaltung, | V. A. |
| 4. | Stadttrat Dr. Reichert, " " | V. A. |
| 5. | Stadtverordnetenvorsteher Beikert. | |
| 6. | Hauptmann Meier, Nachrichten-Ersatz-Abteilung 5. | |
| 7. | Wachtmeister Grote, " " " " " | V. A. |
| 8. | Unteroffizier Fischer, " " " " " | |
| 9. | Funker Unger, " " " " " | |
| 10. | Unteroffizier R. Lebrecht, Flugzeugmeisterei Lager Ost. | |
| 11. | Gefreiter P. Berger, " " " " " | |
| 12. | Bez.-Feldwebel Offiz.-Stellv. Heinrich, Bezirkskommando. | |
| 13. | Gefreiter Tschentscher, " " " " " | N. |
| 14. | Feldwebel Franke, Ers.-Btl. Gren.-Rgt. 7, 1. Komp. | |
| 15. | Feldw.-Unt. Stephan, " " " " " " " " " | N. V. A. |
| 16. | Gefreiter Krüger, " " " " " " " " " | |
| 17. | Grenadier Kruczynski, " " " " " " " " " | |
| 18. | " Umbach, " " " " " " " " " | |
| 19. | Feldwebel Burkert, " " " " " " 2. " " | N. |
| 20. | Unteroffizier Springer, " " " " " " " " " | V. A. |
| 21. | Landsturmm. Radolle, " " " " " " " " " | V. A. |
| 22. | Grenadier Radusch, " " " " " " " " " | N. |
| 23. | Feldwebel Mai, " " " " " " 3. " " | N. |
| 24. | Landsturmm. Müller, " " " " " " " " " | V. A. |
| 25. | " Miewe, " " " " " " " " " | |
| 26. | Feldwebel Dohnert, " " " " " " 4. " " | |
| 27. | Gefreiter Heiduf, " " " " " " " " " | |
| 28. | Bizefeldwebel Schimke, " " " " " " Rev. " " | N. V. A. |
| 29. | " Niepelt, 2. Vors., 1. Vors. d. Garn.-S.-R.
Ers.-Btl. Gren.-Rgt. 7, 4. Komp. | V. A. |
| 30. | Offiz.-Stellv. Maschke, " " " " " " 9. " " | |
| 31. | Unteroffizier Pfennig, " " " " " " " " " | |
| 32. | Bizefeldwebel Schmidt, " " " " " " " " " | N. |
| 33. | Gefreiter Schleusner, " " " " " " " " " | |
| 34. | Offiz.-Stellvert. Gerlach, Bataillonsgeschäftszimmer, | N. V. A. |
| 35. | Bizefeldwebel Peter, Versorgungsabteilung. | |
| 36. | Unterzahlmeister Hoffmann, Kasernenverwaltung. | |

37. Bizefeldwebel Großner, Kapelle. N.
38. Oberpostsekretär Zech, Verband Siegnitzer Beamtenvereine, V. A.
39. Herr Fügmann, Werkmeisterbezirksverein.
40. „ A. Janeba, Gerichtsgefängnis.
41. Polizeisergeant Spengler, Städtische Polizei.
42. Flieger W. Tröger, Militärneubauamt.
43. Landgerichts-Sekretär M. Dilling, Beamtenrat der
vereinigten Justizbehörden.
44. Kaufmann S. Herzig, Einkaufsgenossenschaft.
45. Rechnungsrat Hewig, Beamtenrat der Regierung, Schloß.
46. Gend.-Wachtm. Nonnast, Bezirksgendarmerie Mittel-Rüstern.
47. Bizefeldwebel Titius, Garnison-Kommando.
48. Jmisch, Militärbauamt.
49. Beamtenstellvertreter Gabler, Garnisonverwaltung.
50. Obst, Militär-Neubauamt.
51. Stadtverordneter Fritsch, Gewerkschafts-Kartell und
Soz.-Dem. Partei, V. A.
52. Konsumvereinskassierer Przybyl, Gewerkschafts-Kartell
und Soz.-Dem. Partei, V. A.
53. Metallarbeiter Mücke, Gewerkschafts-Kartell und
Soz.-Dem. Partei.
54. Gewerkschaftssekretär M. Höer, Gewerkschafts-Kartell
und Soz.-Dem.-Partei, V. A.
55. Holzarbeiter B. Jungmann, Gewerkschafts-Kartell
und Soz.-Dem. Partei,
56. Frau Przybyl, Gewerksch.-Kartell u. „ „ „
57. „ Ehranta, „ „ „ „ „
58. „ Höer, „ „ „ „ „
59. Teuscher, „ „ „ „ „
60. Steininger, „ „ „ „ „ V. A.
61. W. Mielenz, Jäger, Schriftführer, V. A.
62. S. Adermann, Musiketier, V. A.
63. Inspektor Gellrich, Bekleidungs-Instandsetzungs-Amt N.
64. F. Hüsmert, Obermatrose, V. A.
65. Stabsarzt Dr. Riemann, Ärzteschaft, V. A.
66. Herr Nowak, Rotés Kreuz.
67. „ Körber, „ „
68. Offiz.-Stellvertreter Rüdter, Fernsprech-Ersatz-Kompanie.
69. Unteroffizier Fischer, „ „ „
70. Gefreiter Seel, „ „ „
71. Sergeant Hamman, „ „ „
72. Kanonier Müllchen, Lazarettobmann, Lazarette, V. A.
73. Landsturmmann Anders, „
74. M.-R.-W. Kühnel, „
75. Landsturmmann Fiebig, „
76. Offizier-Stellvertreter Seidel, „
77. Bizefeldwebel Mücke, „
78. Landsturmmann Reichhardt, „

- 10
- | | | |
|--------------------------------------|--|---------|
| 79. Sanitätsfeldwebel Schneider, | Lazarettangestellter, | N. |
| 80. Sanitätssergeant Hierse, | " | " |
| 81. Inspektor-Stellvertreter Menzel, | Lazarettangestellter, | " |
| 82. Sergeant Teuber, | " | " |
| 83. Büroassistent Behm, | Beamtenrat der staatlichen Ortsbehörden. | " |
| 84. Kaufmann Linke, | Unabhängige Sozialdemokrat. Partei, | V. A. |
| 85. Sergeant Dießner, | Geschwaderschule, | V. A. |
| 86. Flieger Müller, | " | " |
| 87. " Moritz, | " | " |
| 88. Kaufmann Jahn, | Arbeitsgemeinschaft kaufmännischer Verbände. | " |
| 89. " Beier, | " | " |
| 90. Rassenbeamter Knauerhase, | Sozialdemokrat. Partei, | " V. A. |
| 91. Tischler Heinze, | " | " |

Der Ab- und Zugang war, hervorgerufen durch die Demobilisierung, ein recht reger. Die Wahlen sind meistens geheim vor sich gegangen. Infolge Beschlusses vom 31. Januar 1919 wurde durch die Neukonstituierung die namentliche Liste bedeutend verkleinert. Die Truppenverbände, die sich nur vorübergehend im Garnison-Bezirk aufhielten wie das aktive Grenadier-Regiment 7 und das Infanterie-Regiment Nr. 423 sowie noch einige kleinere Verbände sind in obige Liste nicht aufgenommen worden.



Tätigkeitsbericht der Preis-Prüfungskommission des Arbeiter- und Soldatenrates.

Die am 6. Januar 1919 in der Vollversammlung des Arbeiter- und Soldatenrates gewählte Preisprüfungskommission hat zunächst beschlossen, darüber zu wachen, daß im Stadtkreise Siegnitz die Verkaufspreise für Lebens- und Genußmittel, Bekleidungs-, Wirtschafts- und sonstige Bedarfsartikel zu den Einkaufspreisen im richtigen Verhältnis stehen, übermäßige Gewinne also nicht erzielt werden. Es wurden folgende Richtlinien aufgestellt:

Alle Geschäftsinhaber müssen veranlaßt werden, ihre Waren in den Schaufenstern und in den Verkaufsräumen mit deutlich geschriebenen Verkaufspreisen zu versehen oder, soweit dies nicht angängig ist, entsprechende Preistafeln so anzubringen, daß Kauflustige sich bequem über die Verkaufspreise unterrichten können.

Insbepondere hat die Preisprüfungskommission die Verpflichtung übernommen, sich über die Verkaufspreise in möglichst allen Geschäften genau zu unterrichten und in allen Fällen, wo festgestellt wird, daß ein übermäßiger Gewinn erzielt worden ist oder erzielt werden soll, haben die einzelnen Mitglieder derselben das Recht, sich von dem betreffenden Geschäftsinhaber oder seinem Vertreter die Lieferungsverträge, Rechnungen, Geschäftsbücher oder sonstigen Unterlagen vorlegen zu lassen, um die Einkaufspreise zu ermitteln.

Bei ihren Feststellungen hat die Kommission alle Geschäftskosten wie Miete für die Geschäftsräume, Gehälter für die Angestellten, Heizung, Beleuchtung usw. zu berücksichtigen.

Auch hat sie das Recht, jeweilig Sachverständige hinzuzuziehen oder die Handelskammer um ein Gutachten zu ersuchen.

Die Preisprüfungskommission ist streng verpflichtet, über alle geschäftlichen Angelegenheiten, die ihr durch ihre Tätigkeit bei Ermittlung von Einkaufspreisen zur Kenntnis gelangen, nach außen hin das größte Stillschweigen zu bewahren, aber alle Fälle, in denen sie übertrieben hohe Verkaufspreise festgestellt hat, so zu behandeln, daß unbedingt eine Änderung herbeigeführt wird und auch mindestens der erzielte Übergewinn zur Einziehung gelangt.

Die Geschäftsstelle der Preisprüfungskommission befindet sich Baumgartstraße 8, etwaige Mitteilungen der Einwohnerschaft sind dort niederzulegen.

Die Kommissionsmitglieder haben ihre Tätigkeit sofort begonnen. Die auf vorstehende Bestimmungen erfolgten Kontrollen in den Ge-

geschäften sämtlicher Branchen ergaben, daß die von uns erlassenen Richtlinien in den meisten Fällen nicht befolgt waren. Die Geschäftsinhaber wurden nun noch einmal auf die Notwendigkeit dieser Einrichtung hingewiesen mit dem Bemerken, daß bei weiterer Nichtbefolgung weitere Maßnahmen ergriffen werden müßten. Zu diesem Punkte ist hinzuzufügen, daß es sehr erwünscht wäre, wenn die Polizeiverwaltung ihre Aufsichtsorgane anweisen würde, auf unbedingte Durchhaltung dieser äußerst wichtigen Bestimmungen ihr Augenmerk zu legen.

Durch die Tätigkeit von drei besonders rührigen Kommissionsmitgliedern ist es gelungen, in 8 Fällen Höchstpreisüberschreitungen und Bucher und in 6 Fällen Verschiebungen von vom Reiche beschlagnahmten Waren festzustellen. Gegen die Schuldigen ist bei der hiesigen Polizeiverwaltung Strafantrag gestellt worden mit dem Ersuchen, daß, falls die Polizei in einzelnen Fällen nicht zuständig wäre, diese Sachen der Staatsanwaltschaft zur weiteren Verfolgung übergeben werden sollten. In jedem einzelnen Falle muß aber die Preisprüfungskommission Nachricht erhalten, in welcher Weise die gemeldeten Fälle erledigt worden sind.

In den letzten Tagen wurde einem Mitglied der Kommission gemeldet, es befänden sich in der Kühlhalle des städtischen Schlachthauses eine größere Menge Hasen. Deshalb begab sich das betreffende Mitglied zum Direktor des Schlachthofes, wurde dort aber, da es nicht mit genügenden Vollmachten ausgestattet war, abgewiesen. Nunmehr wurde ein Herr vom Sicherheitsdienst des Arbeiter- und Soldatenrates hinzugezogen und in den Kühlhallen ein Bestand von 70 Hasen und 2 Rehen festgestellt. Nach eingehender Prüfung des Eigentumsrechtes an den Hasen wurde durch Verhandlungen mit den einzelnen Besitzern erreicht, daß 7 Hasen zum Höchstpreis von 7,25 M per Stück dem hiesigen städtischen Krankenhaus überwiesen werden konnten. Ein anderer Besitzer gab in mildtätiger Weise unentgeltlich für 4 Familien 2 Hasen ab. Somit hat die Beschlagnahme der Preisprüfungskommission 9 Hasen für „bessere“ Zwecke freigemacht.

Durch die Tätigkeit in den hiesigen Lebensmittelgeschäften wurden von Mitgliedern der Preisprüfungskommission Unregelmäßigkeiten des hiesigen Magistrats bei der Verteilung von Kartoffeln an die Kleinhändler festgestellt. Durch den Magistrat wurden Kartoffeln zum Preise von 18,— M per Zentner ohne Marken verkauft. Eine Kontrolle beim Magistrat ergab, daß ein Waggon, angebliche Auslandskartoffeln, welche nur für Industrie und Hotels vorgesehen waren, aus Posen angeliefert worden ist. Von den wirklich gelieferten Auslandskartoffeln konnten ungefähr 200 Zentner vom Magistrat nicht nachgewiesen werden, es fehlte daher dieses Quantum. An Stelle dieser lagerten 200 Zentner, welche von dem Dominium Rogau bei Liegnitz angeliefert worden sind. Auch diese Kartoffeln wurden, jedenfalls um das Defizit der Auslandskartoffeln zu decken, mit 18,— M per Zentner markenfrei verkauft.

Auf Grund dieser Feststellungen sah sich die Preisprüfungskommission veranlaßt, einen Antrag der Vollzugsausschussitzung vorzulegen mit dem

Inhalte, eine Kontrolle des Arbeiter- und Soldatenrates beim städtischen Lebensmittelamte und bei der Getreide- und Mehlerverteilungsstelle einzuführen. Nach verschiedenen Debatten in den Sitzungen wurde ein Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates als Beigeordneter dem Magistrat zur Kontrolle zugeteilt.

Während ihres Bestehens trat die Preisprüfungskommission am 10., 16. und 23. Januar, am 6. und 15. Februar zu Sitzungen zusammen.

Durch Beschluß der Vollzugsausschusssitzung vom 11. Februar ist die Preisprüfungskommission des Arbeiter- und Soldatenrates aufzulösen und sind die noch nicht erledigten Angelegenheiten der städtischen Preisprüfungsstelle zur Erledigung zu übergeben. Dieses ist am 14. Februar 1919 abends 7 Uhr in einer Sitzung (kleineren Stils) der städtischen Preisprüfungskommission im Rathause durch 2 vom Arbeiter- und Soldatenrate in diese Kommission gewählte Mitglieder geschehen.

Obgleich die Preisprüfungskommission des Arbeiter- und Soldatenrates nur kurze Zeit bestand, hat sie sich doch durch ihre umfangreiche Tätigkeit als eine segensreiche Einrichtung erwiesen und ist als solche vom Publikum wie auch von vielen Geschäftsleuten begrüßt worden. Ihre beiden in die städtische Preisprüfungskommission gewählten Mitglieder haben es sich zur Aufgabe gemacht, dort ihre Tätigkeit im alten Sinne fortzusetzen.



Spenden-Fonds für heimkehrende bedürftige Krieger.

In einer vom Demobilmachungsausschuß wenige Tage nach der in Liegnitz unblutig verlaufenen Revolution einberufenen Arbeitgeber-versammlung regte Kaufmann Herzig an, aus Dankbarkeit für unsere nun heimkehrenden Feldgrauen, welche unser Vaterland vor Verwüstung geschützt und aus Dank für den Arbeiter- und Soldatenrat, der unser Heim in den kritischen Revolutionstagen vor Zerstörung und Plünderung bewahrt hatte, einen Fonds zu bilden, um unseren tapferen Grauen ein paar sonnige freudvolle Tage im Kreise ihrer Lieben nach vierjährigen Feldstrapazen zu schaffen. Diese Anregung fand allgemeinen Beifall. Der Herr Oberbürgermeister Charbonnier nannte die Anregung edelherzig, war aber für Schaffung von Arbeitsgelegenheit.

Da Kaufmann Herzig nicht gewillt, seinen einmal gefaßten Entschluß aufzugeben, setzte er sich nun mit dem Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrats, Stadtrat Ruppert, in Verbindung und erließ auf dessen Rat auf eigene Faust einen entsprechenden Aufruf an seine bemittelten Mitbürger in der „Liegnitzer Volkszeitung“ und im „Liegnitzer Tageblatt“, welche ihre Spalten kostenlos zur Verfügung stellten. Der Erfolg war ein erfreulicher. Es gingen bei der Mittelstandsbank ein von:

Kaufmann Herzig	M 200,—
dto. Keller	" 200,—
dto. Boese	" 100,—
dto. Saalfeld	" 100,—
Bäckermeister Hode	" 200,—
dto. Köhler	" 200,—
dto. Sonntag	" 100,—
dto. Mosch	" 150,—
Gewerkschaftssekretär Höer (Schiedsache)	" 100,—
kleinere Beträge und Zinsen	" 156,—
	<u>im Ganzen M 1506,—</u>

Bei der Stadthauptkasse von:

Fabrikbesitzer Liebrecht	M 20 000,—
dto. Schnurpfeil	" 10 000,—
dto. Siedmann	" 10 000,—
Kommerzienrat Krumbhaar	" 10 000,—
Otto Bucher	" 5 000,—
Otto & Rade	" 4 000,—

und von etwa 100 hiesigen edelsinnigen Bürgern Beträge von 25 bis 3000 M, im Ganzen etwa 81 700 M ein.

Die Verwaltung wurde vom Arbeiter- und Soldatenrat in die Hände des Stadtrat Ruppert, Stadtrat Reichert und Kaufmann Herzig gelegt und später ein Spendenauschuß gebildet, bestehend aus Stadtrat Ruppert, Stadtrat Jerchel, Kaufmann Liebrecht, Obermeister Teuchert, Kaufmann Herzig, unter dem Vorsitz des Herrn Stadtrat Dr. Reichert.

Es wurde in der ersten gemeinsamen Sitzung beschlossen, bedürftige Krieger aus allen Berufsschichten zu berücksichtigen und zwar Handwerker und Gewerbetreibende in Form von Darlehen bis höchstens 1000 M ein Jahr zinsfrei und dann 3—4% Zinsen pro Jahr innerhalb 5 Jahren rückzahlbar, sowie Krieger aus Arbeiter- und Angestelltenkreisen durch Zuwendungen bis höchstens 300 M nach Bedürftigkeit und Kinderzahl nicht rückzahlbar.

Es sind schon eine Anzahl dringende Fälle berücksichtigt worden und werden in wöchentlichen Sitzungen die eingegangenen Anträge geprüft und erledigt. Die Anregung unseres Genossen Herzig hat somit mit Hilfe mitfühlender Bürger ihren Zweck erfüllt und wird noch viel Tränen trocknen und Freude bereiten können.



Schlusswort.

Als in den verhängnisvollen Augusttagen 1914 die Blüte unseres Volkes hinauszog, „um des Reiches Grenzen zu schirmen“, da hat wohl niemand die Riesengröße des Unheils vorausgesehen, das unserer harrete. Und doch waren schon jene katastrophalen Augusttage der Beginn des Verfalls, dem wir rettungslos zusteuerten. Wir hatten in unserem geeinten Deutschen Reich ein gewaltiges Staatenwesen aufgebaut. Aber wir waren geblendet vom Glanz eines falschen Scheins. Zwar überflügelte unser Handel, unsere Industrie ein Volk nach dem andern, zwar wuchs „unser Nationalreichtum“ (d. h. der einer kleinen Clique) ins ungeheuerliche und unsere militärische Gewalt schien ein „Kocher de bronze“, an dem alle Wellen ohnmächtig zerschellten. Aber wir waren falsche Wege gegangen, steuerten dem Abgrund zu — denn unser stolzer Staatenbau war auf Lüge aufgebaut! Es war ein seelenloser Obrigkeitsstaat, ein Spielball in den Händen einiger weniger. Und zu Nutz und Frommen dieser kleinen, aber herrschenden Ausbeuterklasse da unterdrückte der gute „Vater Staat“ jede freie Regung eines nach Mitbestimmung, nach Mitschaffen strebenden reifen Volkes, dessen Intelligenz und Schaffenskraft sich eine Welt erobert hatte!

„Für despotisch beherrschte Staaten ist keine Rettung als in dem Untergang!“ Dieses Wort eines unserer größten Freiheitskämpfers, den die Weltgeschichte gesehen und der mit Seherblick in die ferne Zukunft geschaut, das Wort unseres Friedrich Schiller, es ist Wahrheit geworden an unserem Deutschland!

Was diesen Bau für alle Ewigkeit zu stützen und halten schien, an dem ist er zu Grunde gegangen! In den brodelnden Novembernebeln des vergangenen Jahres, da schlug dieses Schwindelbaues letztes Stündlein. Da fiel auseinander, was Lüge, Heuchelei und Gewalt zusammengeleitet! Da kam die Stunde des Erwachens, die Stunde des Freiwerdens. Aber nichts wäre verfehlter, als von diesen Stunden als der Zeit des Zusammenbruchs zu reden! Was war denn zusammengebrochen! War es das deutsche Volk?! War es nicht nur die Zwingburg, welche die eigene Volkskraft in Fesseln gelegt, die in jenen Tagen zusammenbrach? In jenen Tagen, da wurde es Wirklichkeit, wofür Ungezählte der Besten unseres Volkes ein Leben lang gelitten und gestritten. Ausgetilgt war die falsche Heilslehre von Blut und Eisen, hinweggefegt der Gegensatz von Herren und Knechten! Während unser Land aus ungezählten Wunden blutete, der Ruf nach Brot immer sorgenvoller gellte und eine Welt von Gegnern Deutschland demütigte wie nie zuvor ein Volk, inmitten all dieses Unsäglichen, da ging uns allen ein neues Licht auf! Das Leuchten einer besseren Zukunft erhellte das uns umgebende Dunkel

der Gegenwart. Und was in jenen Novembertagen als Revolution an uns vorüberzog, es war nichts anderes als die Grundsteinlegung, das Fundament, auf dem sich ein neues wohnlucheres Staatengebilde erheben soll: Ein neues, freies Deutschland, das befruchtet wird von einem gesunden geistigen und kulturellen Leben.

Wohl hat die Weltgeschichte der Revolutionen viele schon gesehen. Aber noch keine, die trotz ihres gigantischen Ausmaßes so wenig Bürgerblut gefordert als die Novemberrevolution. Wenn aber die politische Umgestaltung all der Dinge, nach 4 $\frac{1}{2}$ Jahren büßender Leidenszeit für fremde Schuld, so friedliche Formen wahrte, so ist das einzig und allein auf die Träger jener Revolution, auf die Arbeiter- und Soldatenräte zurückzuführen. Auf jene viel geschmähten und verlästerten Institutionen, deren segensreiches Wirken in ihrem vollem Umfange festzustellen und zu würdigen erst der Nachwelt vorbehalten bleiben wird.

Ein kleines Glied in diesem großen Gebilde der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte ist auch der Siegnitzer, dessen Tätigkeit das vorliegende Werkchen in kurzer geschichtlicher Zusammenfassung in sich birgt.

Was diese Männer des Volkes getan, es geschah nicht des Dankes, nicht der äußerlichen Anerkennung wegen, es wurde vollbracht im Gedanken an die Notwendigkeit einer neuen besseren und schöneren Zukunft. Einer Zukunft, die getragen ist von der Weltanschauung des Sozialismus! Nur dem Sozialismus allein gehört die Zukunft im neuen freien Deutschland!



Gesamt-Kassenabschluss

am 28. Februar 1919.

Ausgabe.

<p>Einnahme.</p> <p>An Kontorrentkonto</p> <p style="padding-left: 20px;">(für verkaufte Wäsche und Seife)</p> <p> Einbeziehungskonto</p> <p> Dresdner Bank-Konto</p> <p> Darlehnskonto</p> <p> Sanierungsanstalt Kalisch</p> <p> Diverse Unkostenkonto</p> <hr style="border: 0.5px solid black;"/> <p style="text-align: right; border-top: 1px solid black; border-bottom: 3px double black;">22 651,30 M</p>	<p>Per Bürounlostenkonto</p> <p> " Löhnung zc.</p> <p> " Löhne und Fuhrgeld für Wäsche- und Seifenverkauf</p> <p> " Reichsvertretungsamt</p> <p> " Inventarkonto</p> <p> " Darlehnskonto</p> <p> " Diverse Unkosten</p> <p> " Kassenbestand am 28. 2. 1919</p> <hr style="border: 0.5px solid black;"/> <p style="text-align: right; border-top: 1px solid black; border-bottom: 3px double black;">22 651,30 M</p>	<p>19 111,10 M</p> <p>150,— "</p> <p>1 695,— "</p> <p>400,— "</p> <p>1 130,— "</p> <p>165,20 "</p> <hr style="border: 0.5px solid black;"/> <p style="text-align: right; border-top: 1px solid black; border-bottom: 3px double black;">22 651,30 M</p>	<p>1 427,43 M</p> <p>7 964,53 "</p> <p>2 998,45 "</p> <p>1 130,— "</p> <p>650,— "</p> <p>400,— "</p> <p>3 862,32 "</p> <p>4 218,57 "</p> <hr style="border: 0.5px solid black;"/> <p style="text-align: right; border-top: 1px solid black; border-bottom: 3px double black;">22 651,30 M</p>
--	--	---	---

© Vieweg

Gesamt-Gewinn- und Verlustrechnung

am 28. Februar 1919.

Verlust.		Gewinn.	
An Löhne und Fuhrgeld für Wäsche- und Seifenverkauf	2 998,45 M	Per Konto Wäscheverkauf	261 840,70 M
" Bürounfosten	1 427,43 "	" " Seifenverkauf	193 979,10 "
" Einbescherung	3 562,50 "	" Zinsen	245,05 "
" Löhnung und Zuschüsse sowie Reisegelder	10 385,13 "	" Sanierungsanstalt Kalisch	1 130,— "
" Reichsverwertungsamt	403 831,20 "	" Magistrat Diegnitz	2 420,60 "
" Diverse Unkosten	3 699,97 "		
" Gewinnrestbestand	33 710,77 "		
	<u>459 615,45 M</u>		<u>459 615,45 M</u>

Nachweisung des Gewinnrestbestandes.

Kassenbestand	4 218,57 M
Guthaben bei der Dresdner Bank	28 842,20 "
Inventar (1 Schreibmaschine)	650,— "
	<u>33 710,77 M</u>

Auszüge aus dem Hauptbuch.

Debet		Kontokorrent-Konto.		Kredit	
31. 12.	An 3 Kreditoren	526 618,20 M	31. 12.	Per 4 Debitoren	527 026,20 M
31. 1.	"	20 022,50 "	31. 1.	"	6 422,50 "
28. 2.	"	6 287,10 "	28. 2.	"	19 479,10 "
		<u>552 927,80 M</u>			<u>552 927,80 M</u>

Konto Stadthauptkasse.

31. 12.	An 1 Kreditor	340 464,20 M	31. 12.	Per 1 Debitor	92 700,— M
		<u>340 464,20 M</u>	31. 1.	"	247 356,20 "
			28. 2.	"	408,— "
					<u>340 464,20 M</u>

Konto Dresdner Bank.

31. 12.	An 2 Kreditoren	172 285,05 M	31. 12.	Per 1 Debitor	2,85 M
28. 2.	"	13 600,— "	31. 1.	"	157 040,— "
		<u>185 885,05 M</u>	28. 2.	Saldo	28 842,20 "
					<u>185 885,05 M</u>

Riegnitz, den 2. März 1919.

Der Rechnungsführer:
Paul Breiter.

Druck von Carl Seyffarth in Leipzig.